

CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENINO - ALTO ADIGE
REGIONALRAT TRENINO - TIROLER ETSCHLAND

UFFICIO RESOCONTI CONSILIARI
AMT FÜR SITZUNGSBERICHTE

SEDUTA

62.

SITZUNG

1-6-1966

Presidente: BERTORELLE

Vicepresidente: PUPP

V. LEGISLATURA - V. LEGISLATURPERIODE



INDICE

Disegno di legge n. 50 :

« Concessione di contributi per il miglioramento ed il potenziamento delle produzioni agricole pregiate »

pag. 3

INHALTSANGABE

Gesetzentwurf Nr. 50 :

« Gewährung von Beiträgen zur Verbesserung und Steigerung der Erzeugung hochwertiger landwirtschaftlicher Produkte »

Seite 3

A CURA DELL'UFFICIO
RESOCONTI CONSILIARI

Ore 15.13

PRESIDENTE: La seduta è aperta. Appello nominale.

UNTERPERTINGER (Segretario questore - S.V.P.) (*fa l'appello nominale*).

PRESIDENTE: Lettura del processo verbale della seduta 26.5.1966.

de CARNERI (Segretario questore - P.C.I.): (*legge il processo verbale*).

PRESIDENTE: Osservazioni al verbale? Nessuna, il verbale è approvato

Si procede all'esame *del disegno di legge n. 50: « Concessione di contributi per il miglioramento e il potenziamento delle produzioni agricole pregiate ».*

Ha la parola l'assessore all'agricoltura e commercio per la lettura della relazione.

SEGNANA (assessore agricoltura e commercio - D.C.): (*legge*).

PRESIDENTE: La parola al Presidente della Commissione legislativa finanze e patrimonio per la lettura della relazione.

MARGONARI (D.C.): (*legge*).

PRESIDENTE: la parola al cons. de Carneri.

de CARNERI (Segretario questore - P.C.I.): Evidentemente le finalità che questo disegno di legge intende perseguire non possono suscitare dubbi o opposizioni per quanto riguarda il merito. È evidente che queste colture pregiate e specializzate rappresentano l'ossatura fondamentale della nostra economia agricola regionale e che quindi, anche per il peso che hanno le esportazioni, esse devono essere sostenute dalla Regione. Quindi non esistono motivi di fondo e di principio che ostino anche dal nostro punto di vista al varo di una legge siffatta. Vorrei dire però questo: che la legge è formulata in un modo che mi pare un po' vago,

un po' troppo elastico, un po' troppo tale da conferire dei poteri pressoché illimitati alla Giunta regionale e all'assessorato competente. Sarebbe stato anche utile, dal punto di vista della conoscenza da parte dei consiglieri regionali, particolarmente di quelli che non fanno parte della commissione agricoltura, avere, nelle relazioni accompagnatorie, dei dettagli più precisi per quanto riguarda gli orientamenti che questi contributi intendono stimolare e favorire in merito ai rammodernamenti e ai cambiamenti delle colture pregiate. Per esempio sarebbe stato interessante nel campo vitivinicolo conoscere un po', a grandi linee, quali tipi di vite, almeno grosso modo nelle grandi zone del Trentino e dell'Alto Adige vengono favoriti; in che senso si orienta quindi lo stimolo della Regione, se sono stati fatti degli studi approfonditi; poiché devo dire che parlando con dei contadini, talvolta si sente che in passato sono stati consigliati ai contadini stessi determinati tipi di vite, ad esempio, che poi a distanza di poco tempo si sono dimostrati o non sufficientemente redditizi dal punto di vista della qualità, oppure non tali da essere graditi dal mercato, ad esempio. Quindi io gradirei sapere dall'assessore competente, nel campo vitivinicolo particolarmente, su quali qualità di vite si orienta la politica dell'assessorato, sia nel Trentino che nell'Alto Adige, e se ci sono degli studi già pronti, già predisposti, degli orientamenti già abbastanza precisi e fondati anche su determinate indagini di mercato perché è una cosa che riguarda particolarmente l'esportazione. Cioè qualcosa che entri di più nel merito, poiché qui il disegno di legge consta di due articoli, nel quale la Giunta è delegata a fare tutto, in sostanza. Ora sarebbe opportuno sapere cosa più concretamente si intende fare, anche entrando nel merito della questione.

PRESIDENTE: La parola al cons. Steger.

STEGER (S.V.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bei der Überprüfung dieses Gesetzes kann man bestimmte Überlegungen nicht außer Acht lassen, die nicht nur den politischen Teil, die Übergabe der «delega» und ähnliches betreffen, sondern auch von der technischen Seite aus einige Schwierigkeiten erscheinen lassen, die mich zu einer gewissen Skepsis bei der praktischen Durchführung dieses Gesetzes verleiten. Ich möchte also einige Schwierigkeiten, denen wir meines Erachtens in der Provinz begegnen, hier vorlegen und den zuständigen Herrn Assessor ersuchen, sich diese Punkte zu überlegen und mir auch entsprechende Antworten zu geben. Sicher ist es notwendig, unsere Obstkulturen den Erfordernissen der modernen Wirtschaft anzupassen. Es wurde schon oft von allen Technikern betont, daß ein Großteil unserer Obst- und Weinanlagen veraltet und nicht mehr der Zeit entsprechend ist. Es ist meines Erachtens ein Fortschritt, wenn man außerhalb des Grünen Plans versucht, in diesem Bereich auch etwas zu tun. Nur glaube ich, daß man nicht nur die Möglichkeit betrachten soll, die überalteten Bestände zu entfernen, sondern man muß auch die Frage der rationellsten Bearbeitung lösen. Das Gesetz sieht für gemeinsame Ansuchen entsprechend höhere Beiträge vor und ich glaube, dies soll ein Ansporn zur Errichtung gemeinsamer Anlagen sein, um die Maschinen u.ä. leichter, billiger und rationeller einsetzen zu können. Nun läßt sich dies leider nicht sehr häufig durchführen. Das ist nur dort möglich, wo die Geländevoraussetzungen gegeben sind; es läßt sich aber sehr schwer in jenen Gebieten, besonders des Überetsch, durchführen, da dort die Felder wegen

der kleinen Parzellen und der Geländeneigung nicht gemeinsam bearbeitet werden können. Um dieses Gesetz einführen und durchführen zu können, müßte man zuerst die Frage der Flurbereinigung lösen, dann erst das Problem der Anpflanzungen. Auch im Gesetz steht, daß man auf gesunde Unterlagen ein Augenmerk richten wird und daß man versuchen will, durch besondere Unterstützung von Baumschulen und dergleichen den Bauern zu ermöglichen, gesunde Ware zu erhalten. Nun, hier möchte ich den Vorschlag meines Vorredners unterstützen und empfehlen auf die Marktforschung mehr Wert zu legen und zu versuchen, jene Sorten zu vermehren, von denen man annimmt, daß sie in Zukunft mehr Absatz finden werden. Leider ist es auch vorgekommen — wie schon mein Vorredner sagte —, daß man Sorten und auch Anpflanzungsmethoden vorgeschlagen hat, die sich nach nicht allzulanger Zeit als unwirtschaftlich erwiesen haben.

Nun möchte ich noch eine andere Überlegung vorbringen. Dieses Gesetz soll jetzt jenen Teil des Grünen Planes ersetzen, der Geldmittel für diese wertvollen Kulturen vorsah. Nur bleibt mir etwas unverständlich: Wenn man im Bericht des Herrn Assessors liest, daß man die Kleinen unterstützen will, auf der anderen Seite aber die Einschränkungen des Grünen Plans, wenigstens in der Provinz Bozen anwenden will, so glaube ich, daß hier zwei gegensätzliche Meinungen vertreten sind. Denn mir ist bekannt, daß die kleinen Besitzer in der Provinz Bozen von den Möglichkeiten des Grünen Plans auf diesem Sektor ausgeschlossen waren: nur derjenige erhielt einen Beitrag, welcher wenigstens 5.000 Quadratmeter Fläche neu angelegt hatte. Das bedeutet, daß ein Besitz von wenigstens 3 Hektar vorhanden sein muß, damit jemand 5.000 m² neu anlegen kann ohne sein Ein-

kommen mehrere Jahre lang einzubüssen. Ein Besitzer, der nur 1 ha oder 1 1/2 ha hat und ein Drittel oder die Hälfte erneuern muß, würde vom Grünen Plan ausgeschlossen sein. Jetzt möchte ich den Herrn Assessor fragen: Will man aus dem Gesetz diese kleinen Flächen und kleinen Besitzer ausschließen? Ich bin damit einverstanden, wenn man versuchen will, die gemeinsame Anpflanzung durchzuführen, aber ich kann es nicht sein, wenn man den kleinen Besitzer ausschließt, der hauptsächlich aus der Landwirtschaft sein Einkommen sichert. Hier bitte ich den Herrn Assessor um eine genaue Stellungnahme.

Eine weitere Sache: Die Obst- und Weinbauzone in Südtirol ist sehr beschränkt. Wenn man auch die gemischten Kulturen von Schlanders bis Salurn und Brixen mitrechnet, dann dürften es 30.000 ha sein. Wenn man aber nur die intensiven Kulturen zwischen Meran und Salurn berücksichtigt, so sind es bedeutend weniger: es sind ca. 15.000 ha. Von diesen 15.000 ha liegt ein großer Teil in der Talsohle des Etschtales. Hier muß ich wiederum leider auf die Lage des vorigen Jahres zurückkommen, in dem einige Hundert Hektar durch die Überschwemmung geschädigt worden sind. Diese Fläche läuft heute noch Gefahr, bei jedem Hochwasser überschwemmt zu werden. Zweitens: Soviel man aus den Ausführungen des Staatsbauamtes entnimmt, besteht der Plan, die Etschdämme zu erhöhen und nicht die Etschsohle zu erniedrigen. Das würde bedeuten, daß der Grundwasserstand in den ebenen Flächen in der Nähe des Etschbettes erhöht wird und damit die Gefahr der Versumpfung besteht. Ich glaube, Herr Assessor, daß ein großer Teil der Südtiroler Obstbauern dankbar wäre, wenn von den 900 Millionen ein Teil für die Ausbaggerung der Etsch zur Verfügung gestellt würde. Damit würde ihnen weit mehr

Sicurezza für ihre Existenz geboten werden als bei der Unterstützung von Anlagen, die unter Umständen auch stark gefährdet sind.

Damit habe ich zwei Schwierigkeiten, die sich bei der Anwendung dieses Gesetzes ergeben, hervorgehoben: die eine betrifft den kleinen Besitz, der ganz besonders in den Gemeinden Kaltern und Tramin vorherrscht; die andere in allen jenen Gemeinden, die in der Talsohle der Etsch liegen. Ich persönlich bin deshalb über dieses Gesetz etwas unglücklich, weil es die Grundlage für den größten Teil des Obstbaues in der Provinz Bozen nicht berücksichtigt; ich würde eher vorschlagen, daß man zuerst die Regelung der Etsch durchführen und dann erst die Unterstützung in Einzelfällen vornehmen möge. Ich habe mir erlaubt, hier zwei verschiedene Gesichtspunkte aufzuzeigen.

(Signor Presidente, signore e signori! Esaminando la presente legge non si possono tralasciare determinate considerazioni che riguardano non soltanto la parte politica della questione, delega e simili, ma che mettono in luce dal lato tecnico alcune difficoltà che mi rendono scettico sull'applicazione pratica della legge. Vorrei far presenti dunque alcune difficoltà che a parer mio si incontrano nella provincia e chiedere all'assessore competente di riflettere su questi punti e darmi risposte adeguate.

Senz'altro è necessario adeguare i nostri frutteti alle esigenze dell'economia moderna: i tecnici hanno messo più volte in rilievo il fatto che una gran parte dei nostri frutteti e vigneti è ormai vecchia e non più all'altezza dei tempi. Penso che sarebbe un progresso se si cercasse di fare qualcosa in questo campo, anche indipendentemente dal Piano verde; credo però che non si dovrebbe prendere in consi-

derazione soltanto la possibilità di eliminare gli alberi vecchi, ma anche risolvere il problema della lavorazione più razionale possibile. La legge prevede contributi più consistenti per domande collettive ed io credo che ciò dovrebbe essere un incoraggiamento a costituire impianti frutticoli in comune, fra l'altro perché sia possibile un impiego più facile, più razionale e meno costoso dei macchinari. Purtroppo ciò non è spesso fattibile: tale metodo si può applicare soltanto dove esistono le premesse necessarie per quanto riguarda il terreno ed è di difficile attuazione in quelle zone, specialmente della Bassa Atesina, dove le proprietà eccessivamente frammentate e l'inclinazione del terreno non permettono una lavorazione unitaria. Per poter introdurre e realizzare questa legge bisognerebbe prima di tutto risolvere il problema della commassazione e soltanto in seguito quello degli impianti.

La legge dice inoltre che si rivolgerà particolare attenzione alla sanità delle piante e che si cercherà, appoggiando particolarmente vivai e simili, di far sì che i contadini ricevano piante sane.

Vorrei poi appoggiare la proposta dell'oratore che mi ha preceduto e raccomandare di dare maggiore importanza alle indagini di mercato, cercando di diffondere quelle qualità che si pensa avranno in futuro maggior possibilità di smercio. Come ha già detto l'oratore precedente, è purtroppo successo che si siano raccomandate varietà ed anche sistemi di impianto che in breve si sono dimostrati antieconomici.

Vorrei ora fare un'altra osservazione: la presente legge è destinata a sostituire quella parte del Piano Verde che prevedeva sovvenzioni per queste preziose colture. C'è però qualcosa che non capisco: nella relazione del-

l'assessore si legge che si intendono appoggiare i piccoli agricoltori, mentre d'altro canto si vogliono applicare, almeno nella provincia di Bolzano, le limitazioni del Piano Verde. Credo che i due concetti siano opposti. So infatti che in provincia di Bolzano i più piccoli proprietari erano esclusi dalle possibilità date dal Piano Verde per questo settore: i contributi erano riservati ai nuovi impianti di almeno 5.000 m² di superficie. Ciò significa che per poter fare nuovi impianti su un'area di 5.000 m² senza rimetterci per parecchi anni il proprio reddito la proprietà deve essere di almeno 3 ettari. Un proprietario di un ettaro od un ettaro e mezzo, che deve rinnovare un terzo o metà degli impianti, sarebbe dunque escluso dal Piano Verde. Vorrei chiedere ora all'assessore se si intende veramente escludere dalla legge queste piccole aree e questi piccoli proprietari. Sono d'accordo che si cerchi di realizzare impianti comuni, ma non posso esserlo se si esclude il piccolo proprietario che trae il suo reddito soprattutto dall'agricoltura. Vorrei pregare l'assessore di prendere posizione in proposito.

Ancora un argomento: in Sudtirolo la zona dei frutteti e dei vigneti è molto limitata. Pur calcolando le colture miste da Silandro fino a Salorno e Bressanone, dovrebbe trattarsi di 30.000 ha. Se invece si considerano soltanto le colture intensive fra Merano e Salorno l'area è notevolmente minore: circa 15.000 ha. Di questi una buona parte è situata sul fondo della valle dell'Adige. E qui debbo purtroppo ritornare sulla situazione dell'anno scorso, quando le alluvioni hanno danneggiato alcune centinaia di ettari che ancor oggi ad ogni piena corrono il pericolo di finire sott'acqua.

Secondo: per quanto si può dedurre dalle dichiarazioni del Genio civile, si progetta

di alzare gli argini dell'Adige invece di dragare il letto del fiume. Ciò significa che si alzerà il livello delle acque freatiche nei campi presso il fiume, con il pericolo che essi si impaludino. Signor Assessore, io credo che una gran parte dei frutticoltori sudtirolesi vedrebbe con gratitudine destinare una parte di questi 900 milioni al dragaggio del letto dell'Adige. Con ciò si darebbe loro una garanzia per l'esistenza ben maggiore di quella offerta da incremento agli impianti, che a loro volta corrono grave pericolo.

Con ciò ho indicato due difficoltà derivanti dall'applicazione della legge: l'una riguarda la piccola proprietà che si incontra particolarmente nei comuni di Caldaro e di Termeno, l'altra riguarda tutti i comuni situati nel fondovalle dell'Adige. Personalmente sono perciò piuttosto infelice per questa legge, in quanto essa non tiene in considerazione la situazione di gran parte della frutticoltura in provincia di Bolzano: proporrei piuttosto di realizzare prima la regolazione dell'Adige e soltanto in seguito appoggiare i singoli. Mi sono permesso qui di far presenti questi due punti di vista.)

PRESIDENTE: La parola al cons. Molignoni.

MOLIGNONI (P.S.D.I.): Non per fare un intervento in discussione generale, perché non ne ho affatto intenzione, né alcun bisogno, perché la legge è stata discussa in sede di commissione, ma mi pare di porre in questa sede una domanda all'assessore, perché immagino che poi risponda alla generalità delle osservazioni fatte, e così possa concludere la sua risposta in generale. Io volevo chiedere soltan-

to se alla luce delle discussioni e di qualche perplessità sorta in sede di commissione legislativa, a proposito della possibilità, non dico dell'opportunità, ma della possibilità di delega alle Province, per quanto riguarda questa legge, non sia intervenuto nel frattempo, dalla discussione in commissione ad oggi, qualche ripensamento o, se viceversa l'atteggiamento è rimasto immutato, con le ragioni che ci erano state illustrate da parte dell'assessore in sede di commissione stessa.

PRESIDENTE: La parola all'assessore.

SEGNANA (assessore agricoltura e commercio - D.C.): Il mio discorso, nel rispondere alle richieste di informazioni che mi sono state fatte in questa discussione, potrebbe essere molto lungo, e per me sarebbe un piacere poter illustrare tutto il problema alla luce di studi che sono stati condotti dai nostri uffici, e sulla base di una vastissima letteratura in proposito, che mi darebbe il modo di sottolineare ancora una volta la necessità di studiare a fondo questo problema e considerarlo alla luce di difficoltà, alla luce di sopravvivenze che noi ci troveremo di fronte quando la politica del Mercato comune sarà attuata in pieno e soprattutto quando una politica agraria recentemente impostata in alcuni paesi dell'Europa occidentale, in modo particolare nella Francia e nell'Alta Germania, porterà dei frutti concreti e farà sentire il suo peso sensibile e in qualche caso determinante sui mercati internazionali, in modo particolare su quelli che sono i nostri mercati tradizionali. Non so però se il ripetere una lunga relazione, che io mi sarei anche preparato, così, a grandi linee, può essere in questo momento gradito dal Consi-

glio regionale. Io intanto, per lo meno, se non vengono fatte altre osservazioni, penso di rispondere immediatamente alle domande che mi sono state fatte. Il cons. de Carneri, in modo particolare, chiede quali tipi, quali indirizzi vengano forniti ai nostri agricoltori e questo lo chiede anche alla luce di legittime osservazioni che in alcune zone del Trentino, in modo particolare — perché penso che a quelle egli si riferisca — sono state fatte circa gli indirizzi di ordine tecnico date dai nostri ispettorati agrari, dal nostro ispettorato di Trento in particolare. Devo dire che le indicazioni di carattere tecnico sugli impianti, sui tipi di vitigno e sugli alberi da frutto che vengono consigliati agli agricoltori, sono il frutto di indagini e di studi che sono stati svolti dagli uffici e per i quali vi è stata anche una ampia collaborazione da parte degli organi rappresentativi di ordine sindacale e soprattutto dai comitati vitivinicolo e frutticolo delle due Camere di commercio. Per il settore della viticoltura in modo particolare noi abbiamo a disposizione la carta vitivinicola e da quella carta noi traiamo, i nostri tecnici traggono lo spunto per dare degli indirizzi di ordine particolare. Su questo argomento però vi è una collaborazione, oltre che con questi organi rappresentativi e consultivi, anche una collaborazione stretta con la stazione agraria sperimentale di San Michele, alla quale si ricorre in modo particolare per le analisi dei terreni e per tutte quelle altre indicazioni di ordine scientifico, che sono necessarie per le indicazioni da dare ai viticoltori in modo particolare. Naturalmente non è detto che, giunti a determinate indicazioni di carattere tecnico, non si possano compiere anche degli errori. Ecco quindi che di fronte a determinate osservazioni che possono essere fatte dagli interessati stessi, da gruppi di agricoltori di una determinata zona, si può sempre

essere in grado di poter modificare gli orientamenti, di poter affinare meglio gli studi e quindi di dare delle indicazioni ancora più acatte alla singola zona: non si tratta qualche volta di indicazione a livello comunale, ma purtroppo si devono dare delle indicazioni particolari anche a livello di pochi ettari, perché quei pochi ettari hanno delle caratteristiche particolari, sia per il terreno sia per le caratteristiche di ordine atmosferico. Quindi la risposta che io posso dare è una risposta generica, nel senso che noi, in via di massima, attraverso i nostri ispettorati, diamo delle indicazioni che riguardano in modo particolare un indirizzo di ordine generale, che riguarda la nostra politica agraria, e che è verso la introduzione di quelle varietà che si distinguano, soprattutto nel settore vitivinicolo, che si distinguano nettamente nella produzione per la loro qualità. Noi non possiamo competere come produzioni della pianura, per quanto riguarda la quantità, perché in pianura si potrà sempre produrre in quantitativi molto superiori a quelli che si ottengono in montagna. Ora noi, non potendo competere con la pianura in quantità, dobbiamo competere con la produzione della pianura in qualità. Ecco quindi che in tutti i campi della agricoltura, in quello viticolo come in quello frutticolo, noi orientiamo i nostri agricoltori verso qualità di pregio: in certe zone si tratterà di introdurre speciali varietà, speciali tipi di vini bianchi, in altre di vini neri. Come ho detto, fare un discorso particolareggiato in questo momento è difficile, perché un suggerimento anche di ordine tecnico dipende da molti fattori che devono essere rapportati alla zona nella quale il lavoro interessa.

Il dott. Steger ha fatto alcune osservazioni, e una osservazione mi ha un po' colpito, cioè quella che la legge non abbia quella importanza — almeno se non ho capito male —

che noi annettiamo alla legge. Io penso che se si considerano soprattutto le difficoltà che noi avremmo su certi mercati internazionali, di qui a qualche tempo, la necessità di un riarmamento di una ristrutturazione dei nostri frutteti, appare evidente. Io penso che quindi vi sia la necessità di avere in mano uno strumento — e sottolineo anche l'aspetto — uno strumento di carattere tecnico in modo particolare, che dia la possibilità ai nostri organi tecnici di predisporre, di programmare delle azioni dirette da essi fatte per la predisposizione di vivai, per la predisposizione quindi di materiale che, cresciuto in ambiente locale possa dare maggiore garanzia soprattutto di sanità dal punto di vista fitopatologico e la possibilità poi di fare tutta una serie di iniziative dirette che preparino gli strumenti per poter aiutare i singoli frutticoltori e viticoltori in questa azione di ammodernamento. Noi ci troviamo di fronte, anche in Alto Adige e nel Trentino, alla necessità di dover ammodernare molti frutteti; ci troviamo con frutteti che sono ormai vecchi, di 30-40 anni, che devono essere rinnovati, ci troviamo di fronte alla produzione, ancora notevole, di varietà che non potranno sicuramente in futuro spuntare sui mercati dei prezzi economici. E mi riferisco in modo particolare, per quanto riguarda la provincia di Bolzano, alla renetta del Canada, e anche alla renetta champagne, e per la provincia di Trento mi riferisco in modo particolare alla renetta del Canada. Ho detto prima renetta del Canada per Bolzano; è la Rosa di Caldaro, domando scusa, è stato un lapsus. Oggi, di fronte ai metodi che abbiamo, soprattutto di conservazione ad atmosfera controllata, noi siamo in grado di portare la nostra produzione autunnale ai mesi dell'aprile e del maggio in condizioni di tale conservazione che la merce si presenta come se fosse stata raccolta da

pochi giorni. Ora, di fronte alla possibilità di conservare in modo particolare le varietà come il Golden delicious, come queste varietà nuove di tipo americano, e di portarle con questi metodi di conservazione fino ai mesi nei quali la produzione delle arance si restringe e non si è ancora arrivati alla produzione di frutta estiva, quel periodo cioè che è classico per il raggiungimento anche, per il settore delle mele e delle pere, di prezzi particolari, noi abbiamo bisogno di provvedere a una sostituzione, se non totale, almeno parziale, di determinate varietà, come queste, che non possono naturalmente competere con quelle di tipo americano alle quali ho accennato. E il problema sarà senz'altro molto sentito, soprattutto in provincia di Trento, nella classica zona di produzione della Renetta del Canada, che è la valle di Non, perché non possiamo non nasconderci come di fronte a una produzione di tipo uniforme quale si ottiene in modo particolare con il Golden delicious, con la Jonatan, con varietà di questo tipo, ben difficile sia poter rimanere saldamente su determinati mercati, con una varietà come quella della Renetta del Canada, che non può presentare una uniformità di produzione quali queste varietà. Io penso che sia capitato a tutti i consumatori di acquistare un chilo, due chili di Renette del Canada e di avere trovato, fra questi due chili di renette, probabilmente solo tre o quattro mele che siano veramente eccellenti, mentre le altre, anche provenienti dallo stesso albero, presentano delle caratteristiche che le pongono su un piano di deficienza, rispetto a quello che sarebbe l'*optimum*. La stessa cosa non succede, ad esempio, con le nuove varietà americane, che hanno una produzione molto costante e consentono quindi, anche al consumatore, di avere una merce veramente uniforme. Quindi noi dobbiamo tenere conto anche di questi nuovi gusti

del consumatore, di un consumatore internazionale, che si abitua un po' alla volta alla frutta, che è nostra concorrente sul mercato internazionale. Quindi noi, penso, dovremmo senz'altro spingere; non soltanto un'azione di ammodernamento, ma quando avremo raggiunto questa azione di ammodernamento, di penetrare anche con un'azione di sostegno, oltre che di indagine di mercato, con un'azione di sostegno della propaganda, in quanto noi, penso, in un futuro anche non lontano, nel quale ci troveremo a dover competere in maniera veramente forte con le produzioni della Provenza, con le produzioni dell'alta Germania, ci troveremo a competere se noi possiamo veramente avere una produzione uniforme, se possiamo soprattutto avere una produzione di alta qualità, noi possiamo avere delle fondate speranze che ancora la frutticoltura della nostra Regione possa costituire uno dei cardini di base della nostra agricoltura. A tale proposito io penso che sia opportuno che io citi soprattutto quello che è il volume della produzione di mele e di pere, in modo particolare nel mondo. E raccolgo questi dati da una pubblicazione, da una indagine che è stata fatta dalla FAO e che ci ricorda come da 91 milioni di ql., che era la media del quinquennio 1934-1938, si sia passati nella campagna 1963-64 a una produzione di ben 204 milioni di ql. di produzione, e in modo particolare bisogna ricordare come questa produzione sia avvenuta anche in paesi che una volta assolutamente non partecipavano alla produzione mondiale, a una produzione di mele e di pere. Devo ricordare, ad esempio, che se l'Italia ha avuto un aumento in percentuale del 667%, la Germania, in questi ultimi anni, ha avuto un aumento del 100%, portando la sua produzione a 16 milioni di ql., per non parlare del Giappone, dove vi è stato un aumento del 506%; la Francia in

questi ultimi cinque anni ha aumentato del 254%, arrivando alla quota di 8 milioni e 600 mila ql. Possiamo così dire dell'Argentina; l'Argentina che riesce a portare la sua produzione fresca sui nostri mercati, quando noi arriviamo già con la nostra produzione di fine stagione, in quanto nell'altro emisfero vi è l'inverso delle nostre stagioni, l'Argentina in questi ultimi anni ha aumentato la produzione di mele e di pere del 1254%. E la Bulgaria, che potrà essere una delle nostre concorrenti, insieme con l'Ungheria, in modo particolare per la varietà Jonatan, la Bulgaria ha aumentato del 1426% e l'Ungheria del 570%. Questo tanto per citare alcuni dati. Ma non possiamo neanche non soffermarci, ad esempio, alla situazione italiana, dove, ad esempio per le mele, abbiamo raggiunto ormai circa 23 milioni di ql. e nella quale il Trentino-Alto Adige, che una volta si trovava in testa o per lo meno nella seconda posizione, se non era nella prima, ma negli anni antecedenti alla guerra si trovava comunque in testa, il Trentino, oggi, nella produzione di mele raggiunge solo il 13,2%, mentre l'Emilia-Romagna raggiunge il 43% della produzione. Quindi io penso che noi, di fronte a questa situazione, alla situazione di determinati mercati e di determinate produzioni, noi abbiamo bisogno di meditare seriamente e di ricordarci che in Italia purtroppo — lo dobbiamo dire francamente — abbiamo già, per una situazione analoga, perso, come si suol dire, il treno della situazione degli agrumi. Io penso che sia a tutti nota quella che è attualmente, sui mercati europei, la situazione del collocamento di agrumi italiani, proprio per la inadeguatezza degli impianti, perché nel passato non si è provveduto ad un ammodernamento degli impianti e con una situazione analoga noi ci potremmo trovare anche per quanto riguarda la frutticoltura. Io avrei qui anche

dei dati a disposizione, anche sulla produzione di agrumi e sulle difficoltà di collocamento della produzione agrumale italiana, proprio a seguito di una mancata omogeneizzazione e per un mancato ammodernamento dei frutteti in questi ultimi anni. Devo ricordare in modo particolare una situazione, che mi sembra, almeno per quanto riguarda la nostra produzione, molto pericolosa, e che è la situazione della produzione francese. La Francia, come ho detto, ha già raggiunto quei risultati che ho accennato, ma dobbiamo ricordare che la Francia, secondo gli studi che sono stati condotti, arriverà probabilmente nel 1970 solo per il Golden delicious ad una produzione di 2 milioni di tonnellate. E di fronte alla Francia avremo eventualmente una posizione di favore, dovuta al fatto che noi possediamo una serie di attrezzature di conservazione che la Francia in questo momento non ha a disposizione, ma che rapidamente potrà costituirsi. Quindi anche per il Golden delicious in modo particolare, che così bene viene prodotto qui nella nostra regione e che ha incontrato tanto favore sui mercati nazionali e internazionali, dobbiamo tenere conto di questa avanzata che proviene dalla Francia, in modo particolare dalla Provenza, nella quale si sono insediati gli emigranti, gli ex coloni dell'Algeria e della Tunisia, i quali hanno impostato là veramente una produzione di frutta altamente qualificata e altamente specializzata. Vorrei ricordare poi anche un altro dato che è emerso dalla conferenza regionale del commercio, tenuta nel 1964. In una delle relazioni che sono state presentate si sottolineava in modo particolare l'urgenza di promuovere un ammodernamento della frutticoltura. E così potrei citare anche delle decisioni che sono state adottate in quelle giornate frutticole che si sono tenute in questi ultimi anni, soprattutto a Merano. Nella conferenza regiona-

le dell'agricoltura, in una relazione tenuta dal compianto dott. Fiorito, veniva detto testualmente: « Per poter essere in grado di competere con le altre zone frutticole nazionali e straniere, è necessario, nel prossimo futuro, effettuare l'ammodernamento degli impianti frutticoli, onde poter impiegare i sistemi tecnici di lavorazione più moderni e razionali, l'aggiornamento oculato — sottolineava — delle varietà, alle notevoli esigenze del gusto del mercato europeo, nonché la rispondenza delle stesse alle diverse condizioni di clima e di terreno. Per procedere al rinnovo degli impianti, che si valuta intorno al 40%, è necessario che i frutticoltori si orientino verso quelle varietà adatte ai propri terreni e richieste dal mercato, adottando moderne ed adeguate forme di allevamento ». Questo, tanto per citare un'altra documentazione. Anche recentemente io ho potuto avere da parte dell'Ispettorato agrario di Bolzano, uno studio circa quelle che sono le esigenze di ammodernamento della fruttivitticoltura nei prossimi cinque anni, e posso confermare che le previsioni che erano state fatte dagli uffici regionali sono aderenti veramente a quanto è contenuto nella relazione. Sarebbe che per la provincia di Bolzano gli investimenti necessari nei prossimi cinque anni si aggirino ai 3 miliardi e mezzo. Io non mi soffermo su altri dati che avrei a disposizione e che ho potuto desumere anche da relazioni tenute in occasioni di convegni a livello regionale, ma anche a livello internazionale. Rispondo quindi in dettaglio alla domanda che mi è stata fatta dal cons. Steger, cioè: questa legge verà ad aiutare i piccoli agricoltori o aiuterà magari i grossi agricoltori? Io voglio senz'altro assicurarle che lo scopo di questa legge — noi potremo dare anche delle precise direttive per l'applicazione di questa legge — è veramente quello di promuovere l'ammodernamento di

tutti i frutteti e i vigneti che meritano di essere ammodernati, e senz'altro noi dovremo dare la precedenza, nella concessione anche delle agevolazioni previste dalla legge, ai piccoli proprietari, in quanto questo corrisponde anche a un concetto di politica agraria, che noi non possiamo trascurare nella nostra regione. Noi parliamo di aziende di dimensioni ottimali, cioè parliamo di aziende che devono avere una dimensione sufficiente per poter veramente essere economiche nel loro rendimento. Io penso che possa essere considerata una azienda per lo meno sufficiente nelle zone classiche viticole e frutticole, anche quella azienda che abbia una superficie intorno ai 2 ettari. Ora, proprio nella relazione che ho avuto dai miei collaboratori dell'Ispettorato di Bolzano, ho proprio sottolineato in modo particolare, che gli interventi devono essere fatti per queste aziende di queste dimensioni. Ora, una azienda nel settore frutticolo che abbia una estensione di 2 ettari, penso che possa essere considerata almeno sufficientemente produttiva. Se noi facciamo un calcolo che con l'irrigazione a pioggia e con varietà impostate con concetti moderni, noi possiamo avere una produzione per ettaro che è di circa 300 ql. nel settore della frutta, noi possiamo avere un metro di giudizio di quello che è il reddito che può essere ricavato da un'azienda di questo genere. Una azienda che produce 600 ql. nei 2 ettari di superficie, 600 ql. di mele, se consideriamo che questo prodotto possa avere una remunerazione media di 50 lire il chilo sempre che si tratti di varietà pregiate — ed è un calcolo molto basso quello che io faccio in questo momento, perché con determinate varietà non si dovrebbero mai raggiungere questi prezzi — ma tenendo anche come base il prezzo delle 50 lire al chilo come produzione media per ettaro di 300 ql., noi raggiungiamo i 600 ql. in una

azienda di 2 ettari, e 600 ql. corrisponde a un reddito lordo di 3 milioni. Ora un reddito lordo di 3 milioni può essere considerato anche un reddito sufficiente per una azienda agricola, soprattutto se si considera che l'azienda agricola, anche specializzata in frutticoltura, ha la possibilità di potersi estrinsecare anche un po' nel settore zootecnico, ed ha la possibilità poi anche di produzioni di margine, quali possono essere una orticoltura, una pollicoltura ed altro. Quindi voglio senz'altro assicurare il consigliere che questo è veramente nelle nostre intenzioni, perché dobbiamo aiutare soprattutto coloro che non sono in grado di fare da soli questo sforzo. Però voglio sottolineare poi un altro aspetto, che è stato sfiorato; almeno il cons. Steger ha fatto una domanda, e ha detto: mi sembra che voi in un comma dell'art. 1 divisiate la possibilità di fare delle azioni di carattere comune, di carattere consorziale. E voglio proprio sottolineare che in questo senso dovranno orientarsi in modo particolare gli ispettorati agrari nell'effettuare la loro azione, cioè cercare di individuare nelle varie zone quelle piccole proprietà frammentate, vedere di prospettare agli agricoltori la soluzione di un ammodernamento totale di queste proprietà e quindi di impostare, sia pure con la frammentarietà che hanno queste particelle, con i confini che purtroppo, almeno sulla carta, dovranno ancora esistere, la possibilità di fare un impianto veramente moderno e impostato con i concetti che consentono di poter domani avere un contenimento nelle spese, soprattutto per i trattamenti antiparassitari e quindi le spese di coltivazione. Se noi riusciamo a fare questo, io penso che noi abbiamo attuato o che avviamo l'attuazione di una certa non commassazione reale, ma di una certa commassazione tecnica. A tale proposito posso dire che quando

io ho illustrato questo disegno di legge all'assemblea del Consiglio agrario provinciale di Trento, in occasione di un'assemblea alla quale mi sono trovato anche per altri argomenti, ho avuto da parte del Consiglio provinciale agrario di Trento i massimi consensi, soprattutto per questa innovazione che vi è nel disegno di legge. Io penso senz'altro, e devo darne atto a coloro che hanno collaborato alla stesura di questo provvedimento, che la Regione, quale primo ente in Italia, questa volta ha introdotto in un suo disegno di legge un concetto completamente nuovo, che speriamo possa servire di esempio anche ad azioni che si faranno in altre parti del territorio nazionale. Perché attraverso questa azione, azione di ordine promozionale, impostata su una serie di particelle, sia pure appartenenti a vari proprietari, noi riusciamo ad impostare un'azione tecnica che oggi ci viene frenata proprio dalla frammentarietà della proprietà. Ora se non è possibile con gli strumenti legislativi che abbiamo a disposizione frenare questa frammentazione della proprietà, dobbiamo in qualche modo, almeno con l'ausilio di ordine tecnico, venire incontro alle deficienze e impostarle almeno dal punto di vista tecnico.

Per quanto riguarda l'osservazione che è stata fatta circa il problema dell'Adige, io concordo pienamente. Tutti i giorni, si può dire, io sento anche da parte di contadini della provincia di Trento e della provincia di Bolzano, l'osservazione pressante che si provveda ai lavori più urgenti riguardanti gli argini dell'Adige. Mi si dice che è inutile che noi concediamo anche i contributi su quel fondo di un miliardo che abbiamo ottenuto dallo Stato per ripristinare i terreni se poi non si provvede al ripristino degli argini dell'Adige. Però io devo purtroppo dire che qui, anche se volessimo, non abbiamo possibilità, neppure di competen-

za, nel provvedere, e inoltre, io penso, forse su questo argomento può darsi che anche il signor Presidente possa dare delle comunicazioni. Ci sono stati dei contatti anche in sede romana, che hanno portato per lo meno ad una concentrazione di attenzione maggiore da parte degli organi governativi su questo problema che è di loro spettanza, e se non sbaglio vi è stato anche uno stanziamento suppletivo da mettere a disposizione del Genio civile, perché possa provvedere ai lavori più urgenti. Devo però fare un'osservazione per la quale io non sono in grado di dire se l'osservazione possa essere giusta o meno giusta; però devo ricordare al cons. Steger che, circa il problema del dragaggio dell'Adige, io ho sentito esprimere delle opinioni molto contrastanti in materia, anzi voglio dire che mi è stato detto, così, in confidenza, anche da tecnici di provata capacità, che il Consiglio regionale, quando ha affrontato allora, al tempo delle alluvioni questo tema e ha concentrato la propria attenzione sul fatto che si dovesse dragare l'Adige, il Consiglio regionale avrebbe preso una grande, come si suol dire, papera, dal punto di vista tecnico. Cioè si sostiene — almeno io ho sentito certi tecnici, e guardi, consigliere, io non sposo né una tesi né l'altra, ma la riporto qui, così, a titolo di contributo a questo tema che riguarda l'Adige; io non so se sia condividibile l'una o l'altra — mi si dice che il dragaggio dell'Adige sarebbe, dal punto di vista tecnico, un fatto molto dubbio e che potrebbe anche mettere in pericolo gli stessi argini dell'Adige, in quando dragando si potrebbero originare delle infiltrazioni al di sotto degli argini e quindi intaccare quello che è un fondo divenuto ormai solido e quasi cementato dell'alveo dell'Adige, che potrebbe portare a delle gravi conseguenze. Io questo lo dico solo a titolo . . .

STEGER (S.V.P.): (*Interrompe*).

SEGNANA (assessore agricoltura e commercio - D.C.): Sì . . . l'ho detto solo a titolo di cronaca, non per fare della polemica, perché, come ho premesso prima, io non sposo né una tesi né l'altra, riporto solo, e io non sarei neppure in grado di poter giudicare quale delle tesi possa essere la migliore.

Circa il problema che è stato sollevato in Commissione e al quale ha accennato prima il cons. Mognoni, della delega, io penso che anche illustrando questa legge abbia potuto sottolineare quelli che sono gli aspetti di carattere prettamente tecnico che ha questa legge, proprio per quelle impostazioni a carattere comunitario che noi ci proponiamo di realizzare su larga scala. Innanzitutto noi dobbiamo mettere a disposizione degli ispettorati agrari dei fondi con i quali essi possano provvedere in modo particolare alla creazione di vivai, e quindi alla produzione di materiale, che possa dare garanzie di sanità. E inoltre, se noi diamo questo strumento operativo in mano ai nostri organi tecnici, siamo in grado di potere avere la garanzia che questa legge non è una legge che si limita alla concessione di semplici contributi, ma è uno strumento che i tecnici hanno in mano per poter impostare con gli agricoltori delle azioni. I nostri tecnici quando vanno in campagna, quando vengono a contatto con gli agricoltori e impostano un'azione con gli agricoltori, devono essere in grado di poter anche dire: guardate che se fate questa e questa azione noi vi aiutiamo in questo modo, vi assistiamo poi nella esecuzione dei lavori e quindi il meccanismo di questi interventi è talmente tutto congegnato insieme, che se manca questa parte di ordine tecnico, io dico la veri-

tà, mi troverei imbarazzato e avrei anche un imbarazzo di coscienza a vedere impiegati 900 milioni per una legge che si limitasse a dare dei semplici contributi. A parte poi il fatto che io devo ricordare come attuando una delega per questa legge, noi verremmo ad appesantire uno svolgimento burocratico che sarebbe comunque molto diverso e più pesante di quello che noi abbiamo nel resto d'Italia; nel resto d'Italia, nelle altre Province il contadino si presenta all'Ispettorato agrario, presenta la propria iniziativa, l'Ispettorato agrario raccoglie la sua istanza, o l'Ispettorato agrario, come ho detto prima, si rivolge al contadino per illustrare la possibilità di fare una certa azione e il contadino ha la possibilità di essere seguito tecnicamente, ma poi di avere immediatamente la liquidazione di quello che gli spetta. Se noi, ad esempio, dovessimo passare attraverso sia l'assessorato regionale, come gli assessorati provinciali, noi metteremmo il contadino di fronte a una legge solita di contributi; quindi con la presentazione di domande alle Province, le quali poi dovrebbero sentire gli organi tecnici degli ispettorati, gli organi tecnici dovrebbero fare determinate azioni, restituire tutto alle Province, con un grande appesantimento burocratico. Ora, cari consiglieri, quando i nostri contadini ci dicono che certe impostazioni burocratiche nostre sono peggiori di Roma, io non so che cosa rispondere; forse hanno ragione. Perché ad un certo momento, andando avanti di questo passo, noi effettivamente istituivamo delle prassi burocratiche, che sono più pesanti di quelle che abbiamo nel resto del territorio nazionale. E allora, signori, non lamentiamoci dopo se vi è un certo scetticismo nei confronti dell'autonomia, se vi è uno scetticismo anche nei confronti di istituzioni di uffici, che sono qui a portata di mano, che sono vicini logisticamente e territorialmente agli

interessati, ma che sono molto lontani, per quanto riguarda l'applicazione poi dei provvedimenti. Questa è una constatazione, io lo dico francamente, che noi dobbiamo fare. Quindi io vorrei veramente richiamare l'attenzione dei signori consiglieri: non è per amore di potere od altro, per carità, che noi vogliamo mantenere l'amministrazione di questa legge agli ispettorati. Anzi, io potrei essere disposto anche a dare direttive che nella azione, nei programmi, vengano sentite le Province; non avrei niente in contrario. Ma vorrei veramente pregare i signori consiglieri di lasciare che un provvedimento come questo sia uno strumento tecnico e che non diventi la solita legge dei contributi, altrimenti avremo una legge che non avrà altro che presentazioni di domande di contributi, ma che poi dovremo erogare con la solita formula della priorità nella domanda presentata e senza raggiungere quei risultati che noi ci proponiamo. Ecco quanto io volevo dire per rispondere alle domande che mi sono state fatte; domando anzi scusa se non ho risposto esaurientemente, ma non vorrei tediare i signori consiglieri con ulteriori considerazioni. Io devo dire che noi ci teniamo molto a questa legge; ci teniamo molto perché riteniamo che, pur essendo uno strumento finanziario esiguo — anche se sono 900 milioni, di fronte agli 8 miliardi che dovranno essere investiti per queste azioni, potremo anche considerarlo uno strumento finanziariamente esiguo — questo provvedimento possa costituire uno stimolo soprattutto per quelle azioni che devono essere impostate finalmente in un modo moderno, in quanto i tempi che abbiamo dinanzi a noi ci richiedono non di sperperare il denaro per accontentare delle persone che ci chiedono dei contributi, ma i tempi che si prospettano dinanzi a noi ci richiedono di poterci presentare veramente con una frutticoltura e una viticol-

tura che possano stare alla pari di quella francese, di quella dell'alta Germania, di quella degli altri paesi che sono in concorrenza con noi, non soltanto nel mercato comune, ma nell'area dei paesi che confluiscono sui nostri mercati.

PRESIDENTE: La discussione generale è chiusa. Pongo in votazione il passaggio alla discussione articolata: è approvato a maggioranza con 8 astenuti.

Art. 1

Allo scopo di favorire il miglioramento ed il potenziamento delle produzioni agricole pregiate, con particolare riguardo alla frutticoltura ed alla viticoltura nelle zone a vocazione viticola, l'Amministrazione regionale è autorizzata ad attuare iniziative, nonché a concedere contributi, sino alla misura massima del 50%, in favore di imprenditori agricoli, con preferenza ai coltivatori diretti singoli o associati, secondo i criteri previsti dall'art. 14 della legge statale 2 giugno 1961, n. 454.

Qualora più richiedenti, i cui fondi siano tra loro confinanti, effettuino congiuntamente gli impianti arborei nell'ambito del complesso dei detti fondi e secondo un piano tecnico presentato unitamente alla domanda di contributo e approvato dall'Ispettorato provinciale della agricoltura, il contributo può essere concesso sino alla misura massima del 60%.

Gli Ispettorati provinciali dell'agricoltura provvedono alla concessione, alla liquidazione ed al pagamento dei contributi in conto capitale di cui ai commi precedenti.

Ha la parola il cons. Brugger sull'art. 1.

BRUGGER (S.V.P.): Wie Sie vielleicht aus meiner Haltung, bzw. aus der Haltung der Kollegen der Fraktion der Südtiroler Volkspartei verstanden haben, sind wir von diesem Gesetzentwurf nicht besonders begeistert. Ich habe bei diesem Art. 1 die Gelegenheit wahrgenommen, um einige Darlegungen vorzutragen, die den Art. 1 besonders betreffen und deshalb weniger in die Generaldebatte hineingepasst hätten. Wir beziehen uns bei diesem Gesetzentwurf auf die Maßstäbe, welche dem Art. 14 des Grünen Plans zugrundeliegen. Die Lage des Obstbaues und des Weinbaues ist in der Provinz Bozen, wie auch in der Provinz Trient, etwas anderes als die allgemeine Lage in Italien. Dies beweist auch der Bericht zu diesem Gesetz und der große Anteil, den die Provinz Bozen und die Provinz Trient im Export sowohl des Obstes wie des Weines haben. Im Art. 14 des Grünen Plans hat man diese Maßnahmen zur Förderung des Obst- und des Weinbaues wohl in der Hauptsache deswegen vorgesehen, um mit einem finanziellen Ansporn die italienischen Obst- und Weinbauern dazu anzuregen ihre Kulturen und ihre Sorten zu verbessern. Denn dort, wo die Einsicht, dies unabhängig von einer direkten Unterstützung der öffentlichen Hand zu tun, noch nicht vorhanden ist, kommt man mit einem materiellen Beitrag am leichtesten weiter. Sowohl in Südtirol wie auch im Trentino sind die Obst- und die Weinbauern davon ohne besondere Hilfeleistung bereits überzeugt, daß es notwendig ist, beste Qualität zu produzieren, damit sich der Obst- und der Weinbau rentiert. Dieser Überzeugung sind die Obst- und die Weinbauern der Provinz Bozen und ich glaube auch des Trentino deswegen, weil sie im allge-

meinen aufgeschlossener sind, als dies vielleicht auf Staatsebene der Fall ist. Nach meinem Dafürhalten wäre dieser Artikel nach den vom Herrn Assessor dargestellten Verhältnissen in Frankreich und in der Bundesrepublik Deutschland abzuändern. Dort geht man auch im Obst- und im Weinbau dem Übel an die Wurzel. Man überläßt es dem Bauern selbst, welche Sorte er anbauen will, weil man überzeugt ist, daß der Bauer selbst bestrebt ist, sich die rentabelsten Sorten zu ziehen, die ihm vom guten Berater empfohlen werden. Nach meinem Dafürhalten ist für diese Art von Edulkulturen — Obstbau, Weinbau — die Beratung eines guten, erfahrenen Fachmannes das Wichtigste, um den Obstproduzenten und den Weinproduzenten anzuhalten, daß er sich die richtige Sorte zulegt, welche in Zukunft dann auch bestehen wird. Dabei ist es fürwahr nicht leicht, hier den Markt vorzusehen, denn beim Obstbau muß man in der Beratung auf sieben Jahre vorausplanen und man weiß nicht, wie sich innerhalb dieser sieben Jahre der Geschmack des Konsumenten ändert. Nach meiner Meinung ist für den Obst- und für den Weinbau in erster Linie eine gute Beratung wichtig, zweitens eine entsprechende Sicherung des Absatzes, drittens daß die Produkte eine gewisse Gewähr auf Beständigkeit des Preises haben. Dabei sind wir uns wohl bewußt, daß die Obstproduktion zur Zeit wesentlich rentabler ist als die Weinproduktion. Wir wissen auch, daß in Südtirol der Obstbau dem des Trentino wesentlich voraus ist und umgekehrt, daß der Weinbau im Trentino weit bessere Beratung und Betreuung als in Südtirol gefunden hat. Ich möchte dann den Eindruck nicht verschweigen, den ich beim Studium dieses Gesetzes gehabt habe: Ich bin der Meinung, daß man mit diesem Gesetz in der Hauptsache bestrebt ist, den Obstbau im Trentino dem

Obstbau in Südtirol anzugleichen. Dabei wird man wohl in Südtirol ähnliche Beiträge wie im Trentino geben, mit der Gefahr allerdings, mit kleinen Beiträgen jene zu bedenken, welche die Beiträge nicht dringend notwendig hätten. Ich bin der Meinung des Herrn Assessors, daß die technischen Dienste sich mit Baumschulen und Versuchsgärten einrichten müssen und daß deswegen ein Großteil der vorgesehenen Geldmittel direkt von den technischen Stellen selbst verbraucht wird. Dies wird vielleicht gut sein, aber ich gebe zu bedenken: Wenn die technischen Stellen, beispielsweise das Landwirtschaftsinspektorat, selbst Baumschulen und Rebschulen führen will, bedarf es eines Apparates an Arbeits- und Kontrollkräften, der recht teuer sein wird. Aus diesen Gründen würde ich vernünftiger finden, wenn man das Baum- und Rebschulwesen auch genossenschaftlich organisieren würde und wenn man diese Genossenschaften durch technische Organe so überwachen würde, daß man ihr Produkt dem Bauern entsprechend garantieren kann. Diese Organisation kostet nicht sehr viel und in Südtirol gibt es bereits einen Verband der Rebschulen, welcher in Zusammenarbeit zwischen Landwirtschaftsinspektorat und Landesassessorat für Landwirtschaft überwacht wird, so daß man dem Erwerber die entsprechenden Produkte auch hinsichtlich Qualität und Gesundheit garantieren kann.

Ich wollte aber bei der Diskussion dieses Gesetzes auf den zweiten Absatz dieses Artikels besonderes Augenmerk legen, Absatz der auch vom Herrn Assessor in seiner Intervention hervorgehoben wurde. Ich würde überhaupt die Geldmittel dieses Gesetzes für den im zweiten Absatz vorgesehenen Zweck ausgeben und damit nichts anderes tun, als eine Grundzusammenlegung und eine Rationalisierung der Anlagen zu fördern, da wir eine große

Grundzersplitterung im Obst- und im Weinbau haben. Hier gibt es, wenn nicht in Italien selbst, so außerhalb Italien Beispiele. Ich gebe zu, daß bei dieser Grundsplitterung im Obst- und im Weinbau eine regelrechte Grundzusammenlegung, eine Flurbereinigung mit so hohen Ausgaben verbunden wäre, daß wir sie nicht tragen könnten. Ich habe mich mit dem Leiter der Weinbauschule Würzburg über die Frage der Zusammenlegung von Weinkulturen unterhalten, denn in der Gegend von Würzburg werden solche Flurbereinigungen im Weinbau vorgenommen. Dieser Herr hat mir — und nun müssen wir erschrecken — erklärt, daß die Ausgaben für die Flurbereinigung, einschließlich Wegenetz und Beregnung, auf 4 Millionen Lire pro Hektar kommen. Das ist unwahrscheinlich, aber von diesen 4 Millionen Lire zahlt der Staat drei Viertel, so daß der Eigentümer nur mehr ein Viertel zu tragen hat, und diese Belastung kann man auf sich nehmen. Für den Weinbau werden keine weiteren Förderungsmittel mehr ausgegeben, sondern alle öffentlichen Mittel werden in diese Flurbereinigungsmaßnahmen investiert. Die Agrarbehörden der Bundesrepublik sind dabei überzeugt, daß, wenn man mit bereinigten Flächen zu produzieren beginnen kann, der Obstbau und der Weinbau von sich aus rentabel sein müssen, ohne daß die Produzenten, auch wenn sie klein sind, für diese Produktion noch eigene Unterstützung erhalten müssen. Diese Erfahrung soll uns irgendwie nützen; deswegen bin ich sehr dafür, wenn man im Zuge dieses Gesetzes wenigstens dafür sorgt, daß genossenschaftliche Neupflanzungen entstehen, um auf einem größeren Raum, wenn auch unter verschiedenen Eigentümern, über geschlossene Obst- und Weinkulturen verfügen zu können, um rationell zu arbeiten, den entsprechenden Maschineneinsatz vorzunehmen und um Ar-

beitskräfte zu sparen. Man bedenke beispielsweise — ich möchte jetzt nur die Ausführungen des Herrn Assessors kurz ergänzen —, daß lebensfähige Obstbaubetriebe schon mit 2 bis 3 Hektar gegeben sind, natürlich Familienbetriebe. Wenn diese Kulturen einigermaßen zusammengelegt und die entsprechenden mechanischen Mittel vorhanden sind, dann genügt eine Arbeitskraft für 2 bis 3 Hektar. Natürlich müssen in der kurzen Erntezeit Arbeitskräfte gedungen werden; sonst wäre eine Arbeitskraft bei entsprechend rationeller Mechanisierung in der Lage, 2 bis 3 Hektar Obst allein zu bearbeiten. Ich würde deswegen vorschlagen, daß wir überhaupt die anderen Maßnahmen, die im Art. 14 des Grünen Planes vorgesehen sind, streichen und die Vorteile dieses Gesetzes nur dazu anwenden, um diesen freiwilligen Zusammenschluß der kleinen Eigentümer in Genossenschaften zu fördern, damit auf diesen in verschiedenem Eigentum liegenden kleinen Flächen Anlagen erstellt werden können, die man rationell bewirtschaften und bearbeiten kann. Dan hätte meines Dafürhaltens die in diesem Gesetz vorgesehene Finanzierung einen wirklichen Wert, denn andernfalls, befürchte ich, verzetteln sich diese wenigen Mittel in den verschiedenen Initiativen und Förderungsmöglichkeiten.

Dabei würde ich auf eine Anregung der Gesetzeskommission zurückkommen: Man könnte die Durchführung dieses Gesetzes, wie das über die Tierzucht, an beide Provinzen delegieren. Ich glaube, daß auch die überwachende Regionalbehörde den Eindruck gewinnen konnte, daß die Verwaltung der Geldmittel für die Tierzucht über die Provinzverwaltungen nicht weniger rasch, sondern eher rascher geht als dies vor dem Delegierungsgesetz der Fall war. Auf Grund der Erfahrungen, die wir auf dem Sektor der Viehwirtschaft und

mit dem Gesetz Nür. 18 gemacht haben, glaube ich, könnte man eine Delegierung auch dieses Gesetzes ohne weiteres rechtfertigen. Ich rege diese Delegierung in aller Form an; ich werde mir dann erlauben, einen entsprechenden Abänderungsantrag vorzubringen, wenn die maßgeblichen Vertreter des Regionalausschusses zu diesen Anregungen Stellung genommen haben.

Ich möchte aber nicht abschließen, bevor ich nicht eine Frage gestellt habe, die den letzten Absatz des Art. 1 betrifft. Im Bericht wird nicht viel davon gesprochen. Es heißt in diesem letzten Absatz, daß die Landwirtschaftsinspektorate sowohl die Genehmigung der Beiträge wie die Liquidierung und die Zahlung vornehmen. Wo befindet sich das Geld für diese Initiativen? Verfügen jetzt schon die Landwirtschaftsinspektorate darüber oder wird die regionale Buchhaltungsstelle dazwischengeschaltet? Ist für die einzelnen Maßnahmen eine Präventivkontrolle des Rechnungshofes vorgesehen oder nicht? Wie will man eine Sukzessivkontrolle in dieser Art von Verwaltung einführen, wo die Landwirtschaftsinspektorate alles machen und wir auf alle Verwaltungsakte einschließlich der zur Zahlung ausgestellten Mandate eine Präventivkontrolle haben? Diesbezüglich hätte ich gerne eine Aufklärung, damit wir uns auch über eine Vereinfachung der Bürokratie, die mit diesem Gesetze in Verbindung sein mag, klar werden können. Man versucht oft, vielleicht ohne die Dinge entsprechend durchdacht zu haben, bürokratische Erleichterungen zu schaffen; nachträglich stellt man allerdings fest, daß man genau das Gegenteil erwirkt hat. Ich rege noch einmal an, den Art. 1 dieses Gesetzes zu ändern, damit nur die Initiativen gefördert werden, die im zweiten Absatz dieses Artikels erfreulicherweise vorgesehen sind und die eine wirkliche Verbesse-

rung der Arbeitsrationalisierung im Obstbau und im Weinbau mit sich bringen könnten, ohne dabei die Eigentumsfrage der zusammengefaßten Grundstücke irgendwie zu berühren.

(Come forse avrete capito dal mio atteggiamento, e dall'atteggiamento dei colleghi del gruppo della S.V.P., non siamo particolarmente entusiasti di questo disegno di legge. All'art. 1 ho colto dunque l'occasione per fare alcune considerazioni che riguardano in particolar modo questo articolo e che perciò non sarebbero state al loro posto nel dibattito generale. Per questo disegno di legge ci riferiamo ai criteri su cui si fonda l'art. 14 del Piano Verde. La situazione della frutticoltura e della viticoltura è in provincia di Bolzano, come pure in provincia di Trento, lievemente diversa dalla situazione generale in Italia. Costituisce una dimostrazione di ciò anche la relazione a questa legge e la grossa quota che le province di Trento e di Bolzano hanno nell'esportazione tanto della frutta quanto dei vini. Nell'art. 14 del Piano Verde si sono previsti questi provvedimenti per l'incremento della frutticoltura e della viticoltura soprattutto per incoraggiare i frutticoltori e viticoltori italiani, con uno stimolo finanziario, a migliorare le loro colture e le loro varietà. Infatti là dove non esiste ancora la convinzione a fare ciò indipendentemente da un appoggio materiale diretto degli enti pubblici, si fanno maggiori progressi appunto con un contributo finanziario. Tanto nel Sudtirolo quanto nel Trentino i frutticoltori ed i viticoltori sono invece già convinti, e senza bisogno di aiuti, della necessità di produrre merce della migliore qualità perché frutticoltura e viticoltura risultino redditizie. I viticoltori ed i frutticoltori della Provincia di Bolzano sono dunque convinti di ciò, e credo lo siano anche quelli del Trentino, perché in ge-

nerale essi sono più aperti dei loro colleghi su piano nazionale. Io sono dell'avviso che questo articolo andrebbe modificato secondo le condizioni esistenti in Francia e nella Germania federale e descritte dall'assessore: anche in quei Paesi si affrontano alla radice i mali della frutticoltura e viticoltura. Si lascia però ai contadini la scelta delle qualità da piantare, perché si è convinti che essi cercheranno in ogni caso di piantare le qualità più redditizie, loro consigliate da esperti consulenti. Io sono del parere che per questa specie di colture pregiate, cioè frutteti e vigneti, sia fondamentale la consulenza di un buon esperto perché i produttori di frutta e di vini si procurino le varietà giuste, quelle che resisteranno anche in futuro. In questo campo non è poi certo facile fare previsioni sugli sviluppi del mercato: per la frutticoltura infatti bisogna che la consulenza programmi con un anticipo di sette anni, nè si sa come in questi sette anni cambierà il gusto del pubblico. Secondo me le cose più importanti per la frutticoltura e la viticoltura sono prima di tutto una buona consulenza, poi la sicurezza dello smercio e da ultimo una certa garanzia che i prodotti abbiano un prezzo costante. E qui ci rendiamo conto del fatto che attualmente la frutticoltura è più remunerativa della viticoltura. Sappiamo ancora che in Sudtirolo la frutticoltura è notevolmente più progredita rispetto a quella del Trentino mentre l'opposto si può dire per la viticoltura, che nel Trentino gode di migliore consulenza e cura che nel Sudtirolo. Non vorrei poi tacere l'impressione che mi ha dato l'esame della legge in questione: sono del parere che la legge tenda prima di tutto a portare la frutticoltura del Trentino al livello di quella del Sudtirolo. Si assegneranno nel Sudtirolo contributi simili a quelli per il Trentino, con il pericolo però di assegnare piccoli contributi a coloro che non

ne hanno estremo bisogno. Condivido qui il parere dell'assessore, secondo cui i servizi devono organizzarsi, istituendo vivai ed orti sperimentali e che per questo la maggior parte dei fondi previsti verrà spesa direttamente dai servizi tecnici stessi. Ciò può essere forse un bene ma vorrei far notare che se i servizi tecnici, per es. l'Ispettorato agrario, volessero tenere vivai di alberi e viti sarebbe loro necessario un apparato di operai e di controllo piuttosto costoso. Per queste ragioni troverei più saggio organizzare cooperativamente anche i vivai e sottoporre tali cooperative al controllo di organi tecnici, in modo da poter garantire agli agricoltori il prodotto di questi vivai. Una organizzazione del genere non sarebbe molto costosa ed in Sudtirolo esiste già un'Associazione vivaisti viticoli, sottoposta al controllo dell'Ispettorato agrario e dell'Assessorato provinciale dell'agricoltura. In tal modo si possono garantire agli acquirenti dei prodotti di questi vivai qualità e sanità delle piante.

Nella discussione di questa legge volevo però rivolgere la mia attenzione particolarmente al secondo comma di questo articolo, comma che anche l'assessore ha sottolineato nel suo intervento. Io per parte mia assegnerei i fondi di questa legge allo scopo previsto nel secondo comma: con ciò non farei altro che incoraggiare una commassazione ed una razionalizzazione delle colture, poiché la nostra frutticoltura e viticoltura soffrono per la frammentazione delle proprietà. Anche per questo ci sono esempi, se non in Italia, fuori di essa. Ammetto che, data la frammentazione della proprietà in frutticoltura ed in viticoltura, una vera e propria commassazione ed una ricomposizione particellare avrebbero costi tanto alti da risultare insostenibili. Ho avuto un colloquio con il direttore della scuola vitivinicola di Würzburg appunto sulla questione della commassa-

zione di vigneti, poiché nei dintorni di Würzburg si applicano appunto tali ricomposizioni particellari. Questo signore mi ha dichiarato — e qui c'è da spaventarsi — che le spese per la commassazione, comprese quelle per la costruzione della rete viaria interpodereale e degli impianti di irrigazione a pioggia, ammontano a 4 milioni di lire per ettaro. Ciò mi sembra inverosimile; comunque di questi 4 milioni lo Stato paga i tre quarti, così che ai proprietari non resta da pagare che un quarto delle spese, un onere sopportabile. Alla viticoltura non si assegnano poi altri sussidi perché tutti i mezzi dell'amministrazione pubblica trovano investimento nei provvedimenti di commassazione. Le autorità competenti per l'agricoltura sono persuase che, se si può cominciare la produzione a commassazione compiuta, la frutticoltura e la viticoltura dovranno risultare redditizie, anche senza assegnare aiuti ai piccoli produttori. Noi dobbiamo trar partito da questa esperienza e per questo penso sia bene favorire con questa legge almeno nuovi impianti cooperativi: ciò per poter disporre, anche se con diversi proprietari, di frutticolture e viticolture a superficie continuativa che permettano di lavorare razionalmente, di usare le macchine e di risparmiare manodopera. Si pensi per esempio (vorrei completare ora in breve le dichiarazioni dell'assessore), che un'azienda frutticola vitale, naturalmente su base familiare, può esistere già a partire da 2-3 ettari. Se tali colture occupano un terreno pressoché senza soluzione di continuità e si dispone dei mezzi meccanici necessari, basterà una sola unità di lavoro per 2-3 ettari. Naturalmente durante il breve periodo del raccolto sarà necessario procurarsi dei giornalieri: altrimenti una unità lavorativa sarebbe in grado di lavorare 2-3 ettari di frutteto, naturalmente disponendo della necessaria meccanizzazione razionale. Pro-

porrei perciò di eliminare i provvedimenti previsti nell'art. 14 del Piano Verde ed applicare i vantaggi derivanti da questa legge ad incrementare l'unione volontaria in cooperative dei piccoli proprietari, raggiungendo con la unione di piccole superfici appartenenti a proprietari diversi impianti che si possano condurre e lavorare razionalmente. Penso che in questo caso il finanziamento previsto dalla presente legge avrebbe effettivo valore; temo infatti che in caso contrario i pochi mezzi a disposizione si disperderebbero nelle diverse iniziative e possibilità di incremento.

Qui vorrei ritornare su una proposta della commissione legislativa: si potrebbe delegare l'applicazione di questa legge, come è stato fatto per quella sull'allevamento, alle due Province. Credo che anche l'autorità di controllo della Regione abbia potuto constatare come l'amministrazione, da parte delle due Province, dei fondi assegnati all'allevamento non avvenga con maggior lentezza ma piuttosto più prontamente di quanto non avvenisse prima della legge n. 18, credo così che si possa senz'altro giustificare una delega anche di questa legge. Propongo dunque formalmente tale delega e mi permetterò di presentare la relativa proposta di emendamento non appena i rappresentanti qualificati della Giunta regionale avranno preso posizione sull'argomento.

Non vorrei però concludere prima di aver posto una domanda riguardante l'ultimo comma dell'art. 1, di cui non si parla molto nella relazione. In questo ultimo comma è detto che gli Ispettorati agricoli si occupano tanto dell'approvazione dei contributi quanto della loro liquidazione. Dov'è il denaro per queste iniziative? Gli Ispettorati agricoli lo hanno già a disposizione o interverrà la Ragioneria regionale? Si prevede o no per i singoli provvedimenti un controllo preventivo della Corte

dei Conti? Come si intende introdurre un controllo successivo in questo genere di amministrazione, in cui sono gli Ispettorati ad occuparsi di tutto ed esiste un controllo preventivo su tutte le operazioni amministrative, compresi i mandati di pagamento? Desidero spiegazioni in proposito per poter venire in chiaro anche di una possibile semplificazione dell'iter burocratico in relazione a questa legge. Spesso infatti si tenta di alleggerire la burocrazia senza aver ben ponderato la cosa: in seguito si vede che si è raggiunto esattamente il contrario. Propongo ancora di modificare l'art. 1 di questa legge perché si incrementino soltanto le iniziative lodevolmente previste nel secondo comma dello stesso articolo e veramente in grado di favorire la razionalizzazione del lavoro in frutticoltura e viticoltura senza toccare la questione della proprietà dei terreni uniti attraverso tale commassazione tecnica).

PRESIDENTE: La parola al cons.Corsini.

CORSINI (P.L.I): Signor Presidente, il gruppo liberale non ha voluto intervenire in sede di discussione generale, perché questo disegno di legge è presentato, — a noi pare qui in sede di Consiglio, non avendo potuto rilevarlo prima, dato che non siamo immessi nella relativa commissione competente — è venuto qui in Consiglio un poco in una condizione di dubbio, a quanto io sento anche nei confronti di altri gruppi consiliari. E non si può negare che questo disegno di legge avrà dei risultati utili, benefici; questo sarebbe un voler chiudere gli occhi dinanzi alla realtà. Ogni disegno di legge che comunque, in qualsiasi modo, preveda l'immissione di danaro pubblico a titolo di sussidi, di contributi per movimentare un settore di natura economica, una qualche fina-

lità di benefici di natura particolare, di natura generale, raggiunge inevitabilmente. Le nostre preoccupazioni sono di ordine più ampio e di ordine diverso, e le esprimerò rapidissimamente e succintamente proprio in occasione della discussione di questo primo articolo, intorno al quale farò anche alcune osservazioni di dettaglio. La prima osservazione che dobbiamo fare è questa: questo disegno di legge, ci pare ancora una volta la espressione di una iniziativa episodica nel settore; nel merito e nel settore dell'agricoltura sono stati presi numerosi provvedimenti dalla Regione Trentino-Alto Adige, fin dall'inizio; direi quasi che è stato uno dei settori ai quali la Regione ha dedicato maggiore attenzione e maggiori fondi, e questa osservazione l'abbiamo fatta più di una volta, qualche volta anche in un certo senso rimproverando che per aiutare eccessivamente l'agricoltura si siano a volte trascurati altri settori economici, che avrebbero potuto forse, se opportunamente e tempestivamente sollecitati e sostenuti, presentare anche quelle soluzioni di ricambio, particolarmente per la occupazione delle unità lavorative, che invece in questi ultimi tempi non sono stati capaci di presentare. E' strano, me lo consenta signor assessore di dire, che dal 1961 a questa parte noi continuiamo a parlare di programmazione; continuiamo a parlare di programmazione e continuiamo a parlarne in un tono sempre più dimesso; voi ve ne rendete conto, io spero, quanto me ne rendo conto io. La programmazione si è iniziato col presentarla, col volerla presentare a noi e col volerla presentare alla opinione pubblica come un qualche cosa di assolutamente completo, totale, generale, una specie di disegno razionale che avrebbe determinato sicuramente l'intervento della Regione per anni e per anni, come si vuol fare, sia pure limitatamente a cinque anni, per quanto

concerne lo Stato. Poi, di fronte alle difficoltà di questa programmazione di natura totale, si è incominciato a parlare di conferenze multilaterali per i singoli settori e si è fatta anche la conferenza multilaterale per l'agricoltura, e si è detto: ne trarremo le conclusioni, vedremo quali sono le conclusioni. Per dir la verità, anche la conferenza regionale sull'agricoltura è stata una delle poche che è arrivata a qualche conclusione effettiva; la Regione, l'amministrazione ha tirato qualche conclusione da quella conferenza, mentre conclusioni, buone o cattive che si possano giudicare, in altri settori non sono state ancora tirate. Poi si è parlato e si è ridotto il principio della programmazione a qualche cosa di molto più piccolo — non vorrei dire misero per non dare un tono polemico al mio intervento — ma comunque molto più modesto, eccessivamente modesto, e si è detto: ma in fondo guardate che la programmazione significa semplicemente una razionalizzazione della spesa. In sostanza, quando vogliamo parlare di programmare l'azione legislativa e finanziaria della Regione, noi intendiamo sì, se è possibile, fare il piano economico di programmazione totale, ma ci limitiamo anche e consideriamo che sia programmazione quella di una razionalizzazione della spesa con gli inserimenti relativi nei bilanci preventivi della Regione. Ora io mi domando: di tutti questi livelli, sempre più degradanti, sui quali si è venuti praticamente discendendo nella comprensione della programmazione, come si inserisce questo disegno di legge, signor assessore? Perché sono 900 milioni, 100 milioni per ogni anno. Io veramente, ve lo dico con estrema sincerità e atto di collaborazione, andando avanti di questo passo e continuando a prendere queste iniziative episodiche, sporadiche, occasionali, — che, ripeto, forse in se stesse possono essere anche buone — nel momento in cui si dovesse

giungere alla programmazione, non dico di natura generale più vasta, più entusiastica e più totale, come avete sperato all'inizio, ma anche a quella piccolissima programmazione che potrebbe essere la realizzazione della spesa, a seguito di questi interventi ci presenterete il vostro programma di intervento quando ormai il bilancio regionale sarà così irrigidito che poco rimarrà in sostanza da fare. Ora io dico: è utile questo disegno di legge? Indubbiamente. Ma anche come voi dite con una frase che vi è tanto cara in questi ultimi anni, sulla base di una scelta prioritaria, ritenete proprio che questo fosse il principale e il più importante dei settori in cui investire 900 milioni da parte della Regione? Io, se debbo dire la verità, nella relazione accompagnatoria, questa dimostrazione non l'ho trovata, e non l'ho trovata neanche nelle parole dell'on. assessore proponente il disegno di legge, per cui, ripeto, da parte nostra c'è sì la convinzione che questo disegno di legge possa avere una qualche utilità — l'avrà sicuramente una sua utilità; nessun disegno di legge che dia qualche milione, qualche centinaio di milioni ai settori economici, può essere dichiarato inutile — ma non mi pare che con questo indirizzo, che è estremamente contraddittorio con l'impostazione che dichiara continuamente di voler dare codesta Giunta regionale alla sua attività, si possa seguire, in mancanza di una dimostrazione più precisa, il criterio della spesa. Il signor assessore ha anche accennato alla conferenza regionale dell'agricoltura; ma, vede, io ho voluto a suo tempo esaminare, con molta cura, quelle che sono state le conclusioni di questa conferenza regionale dell'agricoltura, e mi pare che non potevano non essere quelle che sono state. E mi pare che su quella strada si metteranno indubbiamente tutte le conclusioni di tutte le conferenze multilaterali regionali che abbiamo te-

nuto e che vogliamo tenere. Per l'agricoltura non c'è che un unico mezzo: che la Regione intervenga, intervenga in un settore, intervenga nell'altro, intervenga nei 100 mila settori nei quali si potrebbe intervenire; e le richieste da parte degli interessati sono evidentemente corrispondenti a queste infinite necessità. Altrettanto sarà per il settore dell'industria, altrettanto sarà per il settore dei trasporti — abbiamo appena finito ieri di parlarne —. Ma al di là di queste conclusioni, che sono, in sostanza, quelle di rivolgersi all'ente pubblico, perché voglia sollecitare lo sviluppo, il progresso di questi settori, la Giunta regionale, ha elaborato un proprio piano di intervento? Scusi signor assessore, ma è meglio che mi consenta di dirlo con franchezza: mi pare di no. Non c'è una elaborazione di un piano di intervento. Ancora una volta continuate ad andare avanti con quello che è stato il sistema iniziale attuato dalle amministrazioni regionali dal '48 in poi; via via che si rivelano le macchie vuote, la necessità di qualche particolare campo del settore economico, finite per intervenire e finite per provvedere. Per cui io darei un giudizio su questo disegno di legge e particolarmente sull'art. 1, perché è quello, in sostanza, che lo fonda, affermando che il provvedimento regionale è utile, ma non se ne è dimostrata, nel modo più assoluto, la necessità e neppure la priorità che consiglia di intervenire prima in questo modo che in qualche altro dei modi possibili. C'è qualche cosa per cui questo art. 1 ulteriormente ci rende preoccupati, e l'ha messo anche in rilievo l'on. assessore nel suo intervento. Ha detto: se la burocrazia è pesante da parte dello Stato, la burocrazia ci viene rinfacciata anche dai nostri contadini del Trentino e dell'Alto Adige; cerchiamo di snellirla e la sostanza di questo provvedimento di snellimento è stata quella — l'ha detto lei stes-

so — di riferirsi alla sede di natura tecnica. Ora noi non abbiamo nulla in contrario a considerare il campo tecnico come il fondamento preciso, indispensabile, il miglior fondamento possibile per ogni provvedimento e per ogni intervento, ma non crediamo che la amministrazione debba rinunciare alle proprie responsabilità, a favore soltanto del settore tecnico, perché allora, in questo modo, torniamo in quel campo della discrezionalità, sulla quale noi liberali siamo intervenuti decine di volte e sul quale continueremo ad intervenire, perché ci pare che sia il peggiore costume che l'amministrazione pubblica possa imbroggiare; la peggiore di tutte le vie che la amministrazione pubblica possa percorrere. Ora, guardi, di questa discrezionalità c'è un esempio lampante, proprio nella stessa lettera dell'art. 1 e nelle contraddittorie dichiarazioni che sono state fatte nella relazione accompagnatoria. Si parla che si vuole favorire il miglioramento e il potenziamento delle produzioni agricole pregiate, con particolare riguardo alla frutticoltura e alla viticoltura nelle zone a vocazione viticola. Sappiamo che per le zone a vocazione viticola è stato sì elaborato uno studio in sede regionale, una carta vitivinicola del Trentino, la quale peraltro è uno studio che non è stato assunto formalmente come base di azione e come impegno e come limiti da parte della amministrazione regionale. Però su questo possiamo dire ancora che ci troviamo su un terreno che è stato già arato e in parte seminato. Ma a pag. 5 della sua relazione accompagnatoria, signor assessore, lei dice che gli interventi potranno essere applicati solo entro i limiti delle aree a riconosciuta vocazione viticola o frutticola. Non le pare che questo congegno si lasci un po' troppo libera la mano ai tecnici, e in un certo senso si rinunci, da parte dell'amministrazione, alla sua responsabilità? Che cosa vuol dire « le

zone a riconosciuta vocazione viticola e a riconosciuta vocazione frutticola »? Dove sono state definite, accettate, fatte proprie dalla amministrazione regionale? Domani con quali criteri verranno operati questi interventi? Quale sicurezza di imparzialità possiamo dare al largo settore dei contadini interessati, che gli interventi saranno stati fatti in modo tale che la maestà della legge, uguale per tutti, possa essere salvata, e non vada sottesa a quelle che sono le vicende di natura umana? Non scandalizziamoci; le leggi sono sempre amministrare dagli uomini, sono amministrare dagli uffici, ma dentro gli uffici non ci sono delle essenze angeliche, ci sono degli uomini. Quale sicurezza possiamo dare noi al settore, di questa assoluta imparzialità di amministrazione? Dove sono, quale documento recepisce per conto e per obbligo della amministrazione regionale, che quelle sono le zone a riconosciuta vocazione vitivinicola e a riconosciuta vocazione frutticola? Esistono, lo ripeto, perché lei non mi dia dell'ignorante, degli studi, che sono stati elaborati, che conosce lei indubbiamente meglio di quanto conosca io, ma che non costituiscono dei fondamenti tali per discriminare il sì o il no dell'intervento da parte della amministrazione regionale. Noi, signor assessore, finiremo — glielo dico subito, perché sia chiaro — finiremo per votarlo questo disegno di legge, glielo dico con estrema franchezza, perché partiamo dal presupposto che, ripeto, utile è sempre utile un intervento, in ogni settore economico e produttivo, ma non possiamo votarlo senza esprimere qui la nostra convinzione che ancora una volta si lascia una estrema discrezionalità e non si fissano nella legge dei limiti e delle condizioni essenziali ed obiettive per cui uno sappia se ha diritto, non solo a chiedere, ma a ricevere l'intervento, o se tale diritto non lo ha. Per noi questo è sempre uno

degli aspetti peggiori di ogni legge: quello in cui viene lasciato un ampio margine di discrezionalità, vuoi al potere esecutivo, vuoi attraverso il potere esecutivo agli organi tecnici, dietro ai quali, qualche volta, il potere esecutivo si nasconde e si difende. Mi pare persino, non se ne abbia a male, che questo disegno di legge sia stato un poco — parlo sempre dell'art. 1 — affrettatamente predisposto persino nella stessa stesura, nella stessa formazione lessicale. Guardate, ad esempio, che quello che doveva essere il concetto fondamentale della legge, che era quello della concessione di contributi in conto capitale, viene esplicito appena appena nell'ultimo comma dell'art. 1. Questo lo faccio come osservazione, per vedere se è possibile, senza star lì a presentare emendamenti, che possano essere emendamenti di natura formale, per cui è opportuno, a mio avviso: « nonché a concedere contributo in conto capitale sino alla misura massima, ecc. ecc., secondo i criteri previsti dall'art. 14 della legge ». Ma, signori, poiché questa è una legge regionale nostra, cerchiamo di chiarire fin dall'inizio quale è la volontà, non mettiamolo in coda. Infine mi pare di poter chiudere, dicendo che il parere del gruppo liberale è questo, in sostanza: che in questo momento, anche un intervento di questo tipo possa essere utile, ma noi non riteniamo che la Giunta regionale corrisponda a quelli che sono stati gli impegni presi con il Consiglio e corrisponda agli impegni presi nei confronti delle popolazioni, fino al momento in cui va presentando dei disegni di legge così episodici ed occasionali, e fino al momento in cui non ha il coraggio di dire: signori, di programmazione ne parleremo di qui a 5-6-7-10 anni, quando l'avremo preparata o l'avremo presentata, e di razionalizzazione della spesa, e così continuiamo sulla strada che abbiamo imboccato nel passato, di intervento a secon-

da di come siamo sollecitati, a seconda di come ci pare che le maggiori o minori necessità di singoli settori e di singoli campi consiglino. Mi si consenta di chiudere con una ripetizione, forse, di quello che ho già detto, ma che mi pare eccessivamente importante per non doverla ulteriormente chiarire. Nel momento in cui arriverete, se arriverete e se vi sarà possibile arrivare, a questo programma di sviluppo economico ed anche al programma minore di razionalizzazione della spesa del bilancio — basterebbe anche questo — ci arriverete quando avrete ormai impegnato i nostri fondi di bilancio per anni e per anni e per anni, per cui anche le vostre conclusioni potranno andare in attuazione, secondo questo disegno di legge, dopo il '70, secondo altri disegni di legge dopo il '75 - 76, mi pare addirittura che qualche volta abbiamo il bilancio regionale impegnato oltre l'anno 1980. Mi pare che uno degli ultimi impegni che abbiamo è dell'81 o dell'82, qualche cosa di questo genere. Ora a me pare che dovrete avere un momento di raccolta, un momento di ripensamento, un momento di pace e di stati e di quiete; se volete effettivamente dare questo piano di programmazione economica, dovete sospendere questi interventi occasionali, perché nel momento in cui vorrete fare gli interventi programmatici, non vi resteranno più i mezzi per poterli fare. Questo è il mio modestissimo parere. E detto questo vi dico anche che nessuna giustificazione avete dato per poter sostenere che anche da un punto di vista prioritario, questo era il più immediato e il più preminente di tutti gli interventi che la Regione doveva fare in questo settore.

PRESIDENTE: Chi chiede la parola sull'art. 1? La parola al cons. de Carneri.

de CARNERI (Segretario questore - P.C.I.): Brevemente, signor Presidente e signori consiglieri, per fare due osservazioni. La prima riguarda una questione, chiamiamola così, di tecnica legislativa. Io non ritengo che sia opportuno, in una legge regionale, effettuare richiami, che diventano poi parte integrante della legge stessa, a leggi di carattere nazionale, quando questo è possibile. Questo anche per questioni di praticità e per questioni di brevità di consultazione. Porto un esempio: qui si fa un richiamo all'art. 14 della legge Statale sul Piano verde. L'art.14 della legge statale sul Piano verde richiama addirittura un decreto del 1933; quindi è una complicazione, vorrei dire, inutile e che non dovrebbe essere conforme a quelli che sono corretti metodi di tecnica legislativa. In linea generale, ove è possibile, ove la Regione può esercitare pienamente la sua competenza, come nel caso dell'agricoltura, avendo una competenza primaria, io ritengo che la Regione stessa debba fare leggi regionali senza richiami, cioè assumendosi in toto le proprie responsabilità, tanto più che in questo caso si trattava semplicemente di richiamare alcune righe e nient'altro; non c'erano particolari difficoltà. E su questo chiedo spiegazione all'assessore competente. In secondo luogo, quanto è stato accennato nel corso della discussione, sembra anche a me fondato per quanto riguarda criteri di impostazione generale. Si dà questo caso: al Senato la discussione sul disegno di legge per il Piano verde n. 2 è passata dalla Commissione all'Assemblea, al Senato stesso; è uscita di Commissione ed è passata in discussione in Senato. Si discuterà; non so quanto il Senato impiegherà, poi passerà alla Camera. Ma comunque, questa nuova legge sul Piano n. 2, è in corso di discussione da parte delle Camere. Parallelamente sta per essere discusso dal

Parlamento il famoso Piano Pieraccini; anche esso riguarda la questione della programmazione. Per ultimo la Regione presenta una legge, nel mentre che tutta la materia è *sub iudice*; gli orientamenti statali, nazionali sono al vaglio del Parlamento per quanto riguarda le scelte fondamentali, presenta una legge che riguarda effettivamente quei settori della nostra economia agricola che sono i più vitali, che sono i più importanti, evidentemente. Riterrei anch'io di chiedere un po' quali sono gli orientamenti della Regione, della Giunta regionale, in un campo, ripeto, che può essere precluso, che può essere limitato, che può essere diversamente indirizzato dalla legislazione nazionale che sta per essere varata. Abbiamo visto dalla stesura del disegno di legge sul Piano verde n. 2, come abbia un'impostazione, almeno in parte, vorrei dire molto diversa addirittura dalla stesura del Piano verde n. 1. Abbiamo visto come le competenze delle Regioni a Statuto speciale sono messe seriamente in pericolo. Ora in tutta questa situazione, ripeto, fluida e condizionata dalle scelte statali, questa legge certamente non si inquadra evidentemente in una visione di prospettiva del problema agricolo, dell'intervento della Regione, ma rappresenta indubbiamente un intervento più che altro vorrei dire particolare, disarticolato da una determinata visione che non può essere, evidentemente, solo regionale. Questo dà quindi alla legge un carattere più che altro episodico, pur non contestando che le finalità che la legge intende raggiungere, siano delle finalità che corrispondano indubbiamente alle esigenze dei nostri coltivatori della nostra agricoltura. Ora anche su questo tema, se fosse possibile avere qualche delucidazione maggiore, sarebbe interessante, ma certo che allo stato attuale delle cose, noi possiamo dolerci di questo determinato pragmatismo,

chiamandolo non vincolato, disancorato da una certa impostazione programmatica, la quale evidentemente deve riguardare gli anni futuri e deve anche tenere conto di quello che sta capitando in campo nazionale. Dico, tenere conto almeno in questo senso, nel senso di sapere, ad esempio, nel momento che affrontiamo questo argomento, nel sapere cosa la Regione ha fatto e intende fare perché la legislazione nazionale che riguarda l'agricoltura sia consona, sia tale da combaciare, sia tale da armonizzarsi con questa impostazione della presente legge, ad esempio. Ecco, questo intendevo dire, per brevità non aggiungo altro.

PRESIDENTE: L'assessore vuole rispondere? Ha la parola.

SEGNANA (assessore agricoltura e commercio - D.C.): Signori consiglieri, permettete che affermi che non vi è una cosa che abbatte di più, generalmente, che quella di avere la convinzione di essere riusciti a fare una impostazione e a dare delle spiegazioni e accorgersi dopo che non si è riusciti a sottolineare quegli aspetti che si riteneva di dover sottolineare. Però mi rendo anche conto, dicendo questo, che io forse, anche per riguardo verso il Consiglio e per i consiglieri che non sempre anche prestano molta attenzione a quella che è la discussione in aula, mi sono limitato anche a portare qui dei dati e ad esprimere dei concetti con termini molto succinti e quindi posso essere stato anche lacunoso nelle risposte, in modo particolare nella risposta che ho dato ai consiglieri che erano intervenuti nella discussione generale. Il cons. Brugger afferma che il suo gruppo non è molto entusiasta della presentazione di questa legge, perché ritiene che i frutticoltori e i viticoltori della provincia di Bolzano abbiano capito già l'importanza di

dover procedere alle sostituzioni, all'ammodernamento dei frutteti e che saranno senz'altro in grado, avendone la convinzione, di procedere da soli a questa azione. Io devo richiamare l'attenzione anche dei responsabili della provincia di Bolzano, su documenti che sono stati approvati, che sono stati oggetto di ampia discussione, proprio in provincia di Bolzano, soprattutto in occasione di giornate di studio sui problemi della frutticoltura e della viticoltura. Proprio in quelle occasioni si è sottolineato la esigenza di procedere alle sostituzioni varietali, e in modo particolare si è anche sottolineata la necessità che gli enti pubblici aiutassero i contadini in questo sforzo, ma non li aiutassero per azioni di piccolo cabotaggio, ma in azioni rapide, in azioni che dovrebbero portare in pochi anni a una impostazione della frutticoltura e della viticoltura nell'ambito della Regione e in particolare, perché sto in questo momento parlando della provincia di Bolzano, su livelli che siano veramente corrispondenti alle esigenze dei tempi. Ora io mi richiamo anche a studi e relazioni che mi sono state fatte proprio dal settore tecnico dell'ispettorato di Bolzano e devo ricordare appunto come anche da una indagine che è stata condotta attraverso la Camera di commercio di Bolzano risulti che circa il 20% delle piante da frutto che sono nella provincia di Bolzano, hanno superato i 30 anni, e quindi si trovano ormai ai margini di un rendimento e quindi hanno bisogno di essere sostituite. Devo ricordare appunto come vi siano ancora delle zone che hanno bisogno di miglioramenti in senso veramente urgente. Potrei citare, ad esempio, la zona della Valle dell'Isarco, nella zona compresa tra Bressanone e Chiusa; potrei ricordare le zone ancora non impostate a frutticoltura che esistono nella Valle Venosta. Dovrei ricordare appunto — e qui lo sottolineo — come i nostri programmi

prevedano la impostazione di vivai, prevedano anche — e di questo, eventualmente, se ne dovrà discutere con l'assessorato competente di Bolzano e con l'assessore competente — la impostazione di campi dimostrativi e orientativi proprio nella stessa azienda di proprietà della provincia di Bolzano, alla quale confluiscono i giovani frutticoltori e viticoltori che provvedono alla istruzione professionale nel campo agrario. E come quindi questi nostri interventi proprio corrispondano a una esigenza veramente rilevata in provincia di Bolzano. Quindi mi fa un po' meraviglia che si dica che non si vede molto la necessità di questa legge per la provincia di Bolzano, mentre si è d'accordo che la stessa può essere considerata molto più marcata per la provincia di Trento. Io concordo con l'assessore Brugger quando dice che si potrebbero organizzare questi vivai con la collaborazione dei consorzi, e su questo concordo esattamente; è una cosa che potremo fare e quindi penso che senz'altro, nelle direttive che dovranno essere date per la amministrazione di questa legge, tutti questi concetti potranno essere introdotti. Il cons. Brugger insiste e mi sembra abbia sottolineato positivamente quello che è previsto dal secondo comma dell'art. 1, cioè la possibilità di fare delle azioni a livello consorziale, a livello di più aziende, e afferma che secondo lui i fondi dovrebbero essere quasi totalmente impegnati per questa necessità. Potremmo anche, da questo punto di vista, considerare la proposta come una proposta accettabile; forse potremmo attenuare la perentorietà di questa proposta, cercando di prevedere, magari con un emendamento, che ci sia una destinazione dei fondi, con una percentuale da fissarsi; potrebbe essere il 60% dei fondi destinati a queste operazioni, perché dobbiamo pensare che l'altro 40% dei fondi deve essere impiegato per que-

sti vivai, deve essere impiegato per le altre azioni promosse direttamente dagli ispettorati e quindi dovremmo avere un altro margine. Inoltre non posso anche non ricordare come in provincia di Trento vi sia, in modo particolare per la viticoltura, un problema di sostituzioni di ibridi produttori diretti nella zona della Vallagarina, nella quale l'aver a disposizione un fondo sul 1° comma della legge per contributi fino al 50% può essere veramente un qualche cosa di utile. Il cons. Brugger domanda anche delucidazioni circa la questione della delega. Io mi sono sforzato prima di dimostrare come questo strumento sia da ritenersi molto più appropriato se è amministrato dagli ispettorati agrari, cioè se è in mano a quei tecnici che sono in grado effettivamente di impostare, dal punto di vista tecnico, le azioni, sono in grado anche di dare determinati affidamenti. Io vorrei ricordare che in tutti gli altri paesi europei, per non parlare dell'America, il tecnico non è come qui da noi un tecnico che va solamente a fare opera di assistenza tecnica, che va a promuovere riunioni, corsi di aggiornamento, gite di istruzione od altro, ma il tecnico riesce anche ad impostare delle azioni di ordine tecnico, proprio in virtù di poter concedere di poter assicurare agli interessati una assistenza anche di ordine finanziario. Inoltre io vorrei ricordare — e per questo ci siamo anche richiamati all'art. 14 — noi abbiamo notato — e i contadini interessati potrebbero darcene anche atto, cioè potrebbero dare atto di questo — che l'art. 14 del Piano verde si è dimostrato l'articolo per il quale l'amministrazione è stata più rapida. C'è stata l'impostazione di programmi, da parte degli ispettorati; gli interessati sono stati sollecitati a presentare le domande, essendo inquadrati in determinati programmi, che prevedevano azioni in determinate zone. L'ispettorato ha effettuato i

sopralluoghi, ha potuto dare degli affidamenti circa la concessione del contributo e poi ha erogato il contributo. Il cons. Brugger domanda: come funziona? Questo stanziamento a favore degli ispettorati funzionerebbe come gli stanziamenti che noi abbiamo amministrati con il Piano Verde, cioè il Presidente della Giunta regionale fa un decreto di assegnazione di fondi agli ispettorati, gli ispettorati emettono il decreto, fanno il collaudo ed emettono il mandato di pagamento. Quindi l'amministrazione della legge è effettivamente molto rapida. Io mi sono richiamato prima alla « meccanicità » di certe nostre leggi dell'amministrazione, perché questo avviene proprio quando noi facciamo presentare queste richieste ai nostri uffici, siano essi della Regione, siano delle Province, e questi uffici hanno poi la necessità di doversi servire degli organi tecnici, quali sono gli ispettorati agrari. Mentre per la legge dell'irrigazione e la legge sui magazzini e caseifici, ecc., sono limitate e poche le pratiche e quindi vi è anche una maggiore possibilità di contatti e di impostazioni fatte insieme con gli ispettorati agrari e comunque la soluzione di quelle azioni deriva dalla impostazione di una politica agraria, che può comunque fare capo anche per delega alle Province. Questa invece, se noi la attuiamo in modo come potrebbe essere prevista per delega, o la attuassimo anche con la presentazione di domande alla Regione, perché è la stessa cosa, se noi facessimo presentare delle domande alla Regione o facessimo presentare delle domande alle Province, noi faremmo compiere alle pratiche un *iter* burocratico molto più lungo, perché queste pratiche verrebbero agli uffici, agli uffici politico-amministrativi, perché gli uffici della Regione, gli uffici delle Province sono degli uffici ai quali sono preposti degli amministratori che vengono dalla politica. E

quindi se noi facessimo presentare queste domande, saremmo obbligati poi queste stesse domande a rispedirle agli ispettorati agrari, perché gli stessi possano fare quella azione cui si accennava; gli stessi ispettorati sarebbero costretti poi a rinviarle alla Regione e alle Province per emettere poi i relativi provvedimenti. Ora io penso che sia molto meglio che noi prevediamo la possibilità agli ispettorati di impostare le azioni, di provvedere alla concessione dei contributi, di liquidare i contributi. Potremmo naturalmente prevedere la predisposizione di programmi — ed è per questo che ci siamo richiamati all'articolo — potremmo prevedere la predisposizione di programmi annuali e quindi orientare anche la presentazione delle domande eventuali sulla predisposizione di programmi annuali che gli ispettorati potranno fare, potranno presentare. Il cons. Corsini, al quale vorrei rispondere, si trova in questo momento assente; comunque rispondo al cons. de Carneri per una osservazione che egli ha fatto, a riguardo dell'accenno che è contenuto nel primo comma dell'art. 1 del disegno di legge, e cioè il riferimento all'art. 14 della legge statale 2 giugno 1961 n. 454. Io ho anche in parte risposto a questa obiezione, cioè è proprio la considerazione che il funzionamento dell'art. 14 ha avuto in questi anni, che ci ha portati a citare questo articolo, in quanto questo articolo prevede appunto l'adozione di iniziative fatte dagli ispettorati agrari, iniziative di carattere diretto, direttamente condotte, pagate direttamente dagli ispettorati e poi prevede anche una procedura particolare per la presentazione di domande alle quali sia concesso un contributo. Quindi è stato solo per una ragione, vorremmo dire, di carattere pratico. Io naturalmente ho dato un contributo parziale alla predisposizione del disegno di legge, in quanto, come loro sanno, questo è frut-

to, più che altro, di studi che sono fatti dai nostri uffici competenti, ma mi sembra che il criterio sia stato un criterio giusto, dettato appunto da considerazioni che si devono richiamare al buon funzionamento di questo articolo del Piano verde e quindi delle pratiche che hanno avuto attuazione su questo articolo. Il cons. de Carneri fa anche delle altre domande, in modo particolare quella relativa a quali sono gli orientamenti della Regione, e mi sembra che una domanda analoga viene posta anche dal cons. Corsini. Io resto un po' stupito quando sono fatte queste domande, perché ritengo che nella relazione, sia del 1965, ma in modo particolare nella relazione del Presidente della Giunta regionale in occasione del bilancio, le linee di politica agraria della Regione, soprattutto come ho detto in quella relazione di quest'anno, sono state annunciate in maniera molto precisa e vorrei dire anche in forma organica e schematica, che possono dimostrare ai signori consiglieri quale sia la impostazione di politica agraria. È vero che le conclusioni della conferenza regionale dell'agricoltura non hanno portato all'adozione, ma hanno portato alla predisposizione di un programma particolare che si differenziasse molto dai programmi che erano stati impostati in passato, ed è vero anche che le conclusioni della conferenza hanno messo in evidenza come molti settori nel campo agrario, meritino delle particolari considerazioni e meritino anche degli interventi di ordine finanziario. Ma dopo le conclusioni della conferenza regionale all'agricoltura, noi abbiamo impostato in maniera vorrei dire seria e proprio orientandoci anche su quelle che sono le direttive di politica nazionale, ma siamo andati anche a vedere nel contesto degli orientamenti di politica della comunità economica europea, quella che poteva essere una nostra linea. Queste nostre linee di politica agraria

si prefiggono in modo particolare l'irrobustimento della azienda contadina e il migliore ridimensionamento, sia dal punto di vista della superficie, ma in modo particolare il migliore ridimensionamento di ordine tecnico. Ora, attraverso questo, cioè per giungere a questo ridimensionamento, noi abbiamo bisogno di fornire all'azienda agricola tutti quei mezzi di ordine tecnico, quali sono la irrigazione, quali sono i magazzini di raccolta di trasformazione e di valorizzazione della produzione, quali sono le azioni di assistenza tecnica od altro, ma inoltre noi abbiamo bisogno di poter dare irrobustimento a questa azienda agricola, tipica della nostra regione, anche con una maggiore sicurezza che la produzione possa veramente essere sicura di collocamento sui mercati ed abbia quindi, la produzione, una qualificazione tale che la nostra produzione possa, nel futuro, competere con quella che confluisce sui nostri mercati tradizionali dagli altri paesi. Quindi il nostro sforzo, lo sforzo che noi facciamo, è quello che ci proponiamo con questa legge, è quello che ci proporremo anche con le altre leggi, ad esempio il rifinanziamento che dovrà esserci sicuramente della legge per la irrigazione: noi ci proponiamo proprio di portare la nostra produzione su un maggiore livello qualitativo. Perché, come ho detto, noi non potremo mai competere con la pianura per quanto riguarda la quantità, ma potremo sempre competere con la produzione di pianura con una migliore qualità. Quindi, di fronte a questa visione, di fronte soprattutto alle scadenze prossime che noi abbiamo del mercato comune, di fronte soprattutto a quella situazione sulla quale io mi sono soffermato, sia pure rapidamente, prima, di produzioni che saranno a pieno carico, saranno veramente sviluppate, in modo completo, e che troviamo impostate in questo momento in altri paesi europei, di

fronte a questa situazione noi non possiamo non tenere conto di questo stato di inferiorità nel quale si trova la nostra frutticoltura e la nostra viticoltura, ed ecco quindi che noi pensiamo di stimolare questa azione di miglioramento con questo strumento. Quindi questa legge io ritengo che senz'altro si inquadra, vorrei dire che è una legge sulla quale facciamo perno, proprio per la attuazione di questa politica agraria.

Il discorso che poi viene fatto, se facendo così noi affrontiamo i problemi solo parzialmente, non inquadrati nella grande programmazione, io su questo argomento mi trovo imbarazzato a rispondere. Io dico: il problema che oggi affrontiamo è inquadrato nelle linee di politica agraria, che saranno assunte domani nel programma che la Regione dovrà impostare e che dovrà poi inserire nella programmazione nazionale. Io penso che non ci potrà essere scampo; in una zona come quella del Trentino-Alto, non c'è che un'unica strada, non c'è che la strada delle produzioni pregiate, non c'è che la strada di una frutticoltura, di una viticoltura, di una zootecnia altamente qualificate. Noi non abbiamo altre soluzioni; vorrei dire che per quanti studi si dovessero fare, per quante ricerche si dovessero fare, qui da noi, impostazioni che sono forse possibili e prevedibili in altri paesi e in altre zone, qui non si possono fare. Quindi la nostra strada, il nostro obiettivo è quello di raggiungere una maggiore qualificazione della produzione.

Perché in montagna — e lo ripeto ancora per l'ennesima volta, domando scusa — non saremo mai in grado di raggiungere produzioni in quantità competitive con la pianura, ma potremo competere con la pianura e con quelle altre zone di sviluppo agrario dell'Europa, solo con delle produzioni altamente qualificate.

Mi viene anche chiesto: avete chiaramente

te indicate quelle che sono le zone a vocazione frutticola e le zone a vocazione viticola? Per rispondere a questa domanda, io vorrei citare anche un passo della relazione. La relazione dice appunto che abbiamo in corso uno studio per la delimitazione anche non dico su termini precisamente matematici, ma una delimitazione veramente precisa delle zone a vocazione frutticola e a vocazione viticola che abbiamo impostato naturalmente sulla scorta della carta ortofrutticola e della carta viticola regionale. È logico quindi che noi ci muoveremo soltanto sulla base di quegli studi che abbiamo in corso e quindi ci baseremo esclusivamente sui dati precisi di fatto. Posso dire che un'apposita commissione di tecnici che sta studiando questo problema si è già incontrata parecchie volte e noi avremo anche visivamente sulla carta, in un futuro prossimo, la chiara delimitazione delle zone, diciamo anche pressappoco a particelle, che possono essere considerate, almeno per gli interventi che sono da noi sovvenzionati, a preciso carattere frutticolo e a preciso carattere viticolo. Infatti, se non facessimo così, noi metteremmo anche in mano, cioè adatteremmo degli strumenti che potrebbero anche portare a dei risultati negativi. Non posso a questo proposito non ricordare quale sia stato l'accenno, anche accorato e serio, che il Presidente del comitato vitivinicolo trentino ha fatto nell'inaugurare la recente mostra dei vini di Trento, cioè ha richiamato l'attenzione dei responsabili sulla opportunità, anche sulla necessità che siano chiaramente delimitate le zone a produzione viticola e frutticola, perché vi è una tendenza, soprattutto in provincia di Trento, a una limitazione sempre più marcata delle zone a vocazione viticola, per una impostazione frutticola, e ci troviamo di fronte frequentemente a dei viticoltori che per una maggiore remunerazione che ha la frut-

ta in questo momento, pensano di adottare dei provvedimenti drastici anche nei confronti della propria impostazione aziendale, e stanno eliminando le viti per sostituire le viti con frutteti, in zone collinari che sono a chiara vocazione viticola. Ora noi, tenendo conto anche di esigenze della stessa produzione viticola delle due Province, ma anche tenuto conto di possibilità concrete che avrà il commercio del vino nell'Europa, soprattutto il commercio di un vino di qualità, quando saranno adottate tutte quelle misure che oggi sono state presentate, discusse dagli organi competenti del mercato comune, che dovranno essere ratificate dagli organi esecutivi, cioè quando avremo tutte quelle norme di salvaguardia e di protezione del prodotto di qualità, noi, penso, avremo delle buone prospettive anche per il commercio dei vini. E quindi non possiamo favorire questa corsa all'espansione della frutticoltura in zone a vocazione viticola, perché questo potrebbe dimostrarsi anche controproducente nei confronti degli stessi agricoltori. Il cons. Corsini ha anche ricordato come vi sia nella legge una certa discrezionalità lasciata agli organi tecnici. Noi dobbiamo dire che questi organi tecnici hanno una struttura anche dirigenziale che deve avere delle responsabilità, non dico soltanto di ordine tecnico puro, ma che devono essere rapportate un po' anche su un piano di ordine politico. In pratica i capi degli ispettorati agrari devono attuare, con i provvedimenti che devono amministrare, anche delle linee di politica agraria che i provvedimenti si propongono di attuare. L'osservazione che il prof. Corsini fa, dovrebbe essere fatta nei confronti di tutti gli ispettorati agrari che esistono in Italia, perché nelle altre regioni noi abbiamo proprio lasciata ai capi degli ispettorati agrari una certa discrezionalità nell'adozione dei provvedimenti, che deve essere il frut-

to di una concordanza di elementi di carattere tecnico, ma anche di una adozione di linea di politica agraria, che devono essere condivise dagli stessi. Io non so se sono stato completo nel rispondere, e domando anzi scusa ai signori consiglieri che hanno fatto delle richieste di chiarimenti; eventualmente sono ancora a disposizione per poter rispondere. Io penso che l'urgenza di questa legge, se i consiglieri me lo consentono, potrà senz'altro essere rilevata da una visione della situazione della frutticoltura e della viticoltura negli altri paesi. A me dispiace sinceramente — ma pensavo che questo fosse noto anche a molti consiglieri — di non aver predisposto una relazione scritta che citasse anche i dati relativi alla posizione, alla impostazione di frutticoltura e di viticoltura esistente negli altri paesi; ma spero che anche con un viaggio che è stato programmato, mi sembra, dalla commissione agricoltura nella nostra regione, sia consentito anche a posteriori, dopo questa legge, rendersi conto di quel pericolo che potrà essere costituito proprio da queste nuove produzioni, per le quali noi ci incontreremo senz'altro quali acerrimi competitori sui mercati internazionali nostri tradizionali. È proprio perché già ormai siamo stati scottati dalla situazione della agrumicoltura, che non possiamo perdere tempo per il rinnovamento delle nostre produzioni pregiate in frutticoltura e viticoltura.

PRESIDENTE: È stato presentato un emendamento all'art. 1 dal cons. Brugger ed altri — eventualmente prego i presentatori di illustrarlo e la Giunta di prendere posizione — modificativo del 1° comma.

Leggo l'emendamento: « Allo scopo di favorire il miglioramento e il potenziamento delle produzioni agricole pregiate, con particola-

re riguardo alla frutticoltura e alla viticoltura nelle zone a vocazione viticola, l'Amministrazione regionale è autorizzata ad attuare o favorire iniziative, nonché a concedere contributi, sino alla misura massima del 50%, in favore di imprenditori agricoli, con preferenza ai coltivatori diretti singoli o associati, secondo i criteri previsti dagli art. 7 e 14 della legge statale 2 giugno 1961, n. 454, d'intesa con gli assessorati provinciali dell'agricoltura di Trento e di Bolzano ».

Vuole illustrarlo? La parola al cons. Brugger.

BRUGGER (S.V.P.): Wir haben uns zu diesem Abänderungsantrag auf Grund des Inhaltes der Ausführungen des Herrn Assessors entschlossen. Dabei möchten wir vorschlagen, daß man zu diesen Maßnahmen des Art. 14 auch Maßnahmen der Beratung und Betreuung, wie sie im Art. 7 des Grünen Planes vorgesehen sind, hinzufüge, denn in der Provinz Trient und in der Provinz Bozen sind die Verhältnisse im Obst- und Weinbau verschieden. Wir hätten großes Interesse an einer Förderung und finanzielle Unterstützung des intensiven Beratungsdienstes von Fachkräften im Obst- und im Weinbau und deswegen auch an dem Art. 7. Nach den Ausführungen des Herrn Regionalassessors sollen, wenn die Delegation nicht möglich ist, wenigstens übereinstimmende Programme zwischen der Provinz Bozen und der Provinz Trient, zwischen dem Inspektorat und dem Assessorat für Landwirtschaft des Landes organisiert werden. In diesen Programmen müssen die Erfordernisse auf dem Sektor Obst- und Weinbau, sowohl wie sie im Art. 14 als auch im Art. 7 des Grünen Plans vorgesehen sind, mit den Erfordernissen der Versuche im Obst- und im Weinbau, auch im

Zusammenhang mit der schulischen Ausbildung der jungen Obst- und Weinbauern, die wiederum in der Kompetenz der Provinz liegt, abgestimmt werden. Ich glaube, daß hier eine Zusammenarbeit zwischen Landwirtschaftsinspektorat als Regionalstelle und Landesassessorat für Landwirtschaft mehr als in jedem anderen Bereich notwendig ist, da die jetzige unglückliche Kompetenzteilung uns sonst oft auf Parallelgeleise bringt. Wir könnten unsere Kräfte und unser Geld besser und rationeller einsetzen, wenn wir im Zuge der Durchführung dieses Gesetzes die Erfordernisse der Betreuung gemäß Art. 14 des Grünen Planes, die Erfordernisse der Beratung auf Grund des Art. 7 und die Erfordernisse der Schulung zusammen berücksichtigen könnten. Nachdem wir festgestellt haben, daß eine Delegierung nach Art. 14 des Statutes vom Regionalauschuß nicht als zweckmäßig angesehen wird, haben wir den Abänderungsantrag eingebracht.

(Abbiamo deciso di presentare questo emendamento in base al contenuto delle dichiarazioni dell'assessore. Vorremmo proporre poi che alle misure previste nell'art. 14 si affianchino anche misure di consulenza e assistenza come previsto nell'art. 7 del Piano Verde poiché la situazione della frutticoltura e della viticoltura è diversa in provincia di Bolzano ed in provincia di Trento. Noi avremmo grande interesse per un incremento ed un appoggio finanziario ad un intenso servizio di consulenza condotto da tecnici, tanto per la frutticoltura quanto per la viticoltura, interesse perciò anche per l'art. 7. Da quanto ha dichiarato l'assessore regionale si desume che, se la delega non fosse possibile, dovranno venir organizzati programmi concordi fra le Province di Bolzano e di Trento, fra l'Ispettorato agrario e l'Assessorato provinciale dell'agricoltura. In tali

programmi andranno accordate le esigenze nel settore della frutticoltura e della viticoltura, tanto quelle previste nell'art. 14 quanto quelle previste nell'art. 7 del Piano Verde, con le esigenze sperimentali negli stessi campi, anche in relazione alla preparazione professionale specifica dei giovani frutticoltori e viticoltori, compito quest'ultimo di competenza della Provincia. Credo che in questo campo sia necessaria più che in ogni altro una collaborazione fra lo Ispettorato agrario in quanto ufficio regionale e l'Assessorato provinciale all'agricoltura, dato che l'attuale infelice suddivisione delle competenze ci porta altrimenti ad operare su binari paralleli. Potremmo fare un uso migliore e più razionale delle nostre forze e dei nostri fondi se, applicando questa legge, potessimo tener conto contemporaneamente delle esigenze dell'assistenza agli agricoltori in base all'art. 14 del Piano Verde, delle esigenze della consulenza secondo l'art. 7 e delle esigenze della preparazione professionale. Una volta constatato che la Giunta regionale non considera opportuna una delega nel senso dell'art. 14 dello Statuto, abbiamo presentato questa proposta di emendamento.)

PRESIDENTE: La parola all'assessore Raffaelli.

RAFFAELLI (assessore turismo, caccia e pesca e settore idroelettrico - P.S.I.): Evidentemente non intendo rubare il mestiere e il compito al collega Segnana, intendo fare un intervento a titolo personale e non solo riferito alla presente legge e al discorso che intorno ad essa si è fatto, ma a un discorso più generale che ogni tanto viene a galla. Così, per dire come la penso, perché mi sembra forse utile che

il Consiglio faccia il punto. È vero, sul piano politico ci possono essere le prospettive che sappiamo e che attendiamo o paventiamo, a seconda dei diversi punti di vista. Ma da questo al fare una effettiva opera di continua resecazione, così, sottobanco, di quelle che sono le competenze della Regione c'è una notevole differenza. Mi pare che finché lo Statuto è quello che è sia corretto cercare di interpretarlo come va interpretato e non come vorremmo che fosse corretto, domani mattina magari, o fra una settimana. Ecco perché il discorso sulla delega, che peraltro è stato lasciato cadere in sede di presentazione dell'emendamento, ma tuttavia si è fatto prima è un discorso che va ripreso, rimeditato per un momento finché ci sarà una Regione e uno Statuto con il suo art. 14 e finché ci saranno delle Province e degli altri enti locali ai quali la delega è destinata. Mi pare che in un caso come questo, il parlare di delega sia intendere in maniera non corretta l'istituto della delega stessa. Senza voler delle disquisizioni di carattere teorico, che non competono a me, ma così, con molta modestia credo di poter dire — ormai ne abbiamo discusso per anni — che la delega non ha certamente il senso del trasferimento di un potere politico e amministrativo da un ente a un altro, perché tanto valeva darlo direttamente a questo secondo ente. Evidentemente il potere, se così vogliamo chiamarlo, o meglio la competenza, resta del primo ente, dell'ente delegante, in questo caso la Regione, e la delega è fatta ad altri enti, in quanto supposti o riconosciuti come più dotati di mezzi tecnici, amministrativi, appropriati alla amministrazione della legge. Esempio tipico: lavori pubblici, per esempio. Nel momento in cui la Regione o le Regioni a Statuto speciale soprattutto venivano istituite, o quando verranno istituite le regioni a Statuto normale, al momento cioè della nascita delle regioni,

esistevano province dotate istituzionalmente e storicamente di uffici tecnici, di lavori pubblici attrezzatissimi, perché istituzionalmente la Provincia è titolare di obblighi e di diritti in materia di lavori pubblici, per fare l'esempio forse più clamoroso, più vistoso, meglio. Quindi è inutile creare il doppione degli uffici paralleli anche nella Regione. Nel caso specifico abbiamo la Regione, che è titolare di una competenza primaria, larga, larghissima in materia di agricoltura, e che è dotata degli ispettorati agrari che sono degli uffici tecnici, dei quali non dispongono le due Province, perché se non si sarebbe creato quel doppione che si è voluto evitare. Mi domando quale giro si dovrebbe fare applicando la delega. Difatti, ripeto, insisto sul discorso della delega, perché è stato fatto anche se poi è stato lasciato cadere. Evidentemente gli stessi che avevano iniziato col discorso della delega, si sono resi conto che una corretta applicazione dello Statuto che noi oggi abbiamo — e che abbiamo, penso, il dovere di rispettare, anche se non ci piace — ci porta ad escludere la delega, proprio per il funzionamento, perché se non arriviamo a quella interpretazione sicuramente impropria dello Statuto, che affiora però qualche volta e che io penso dobbiamo combattere, che è quella che interpreta, che tende ad interpretare l'istituto della delega come un mezzo di sottrazione o di trasferimento di un potere da un ente all'altro. Per il quale trasferimento c'era la Costituente che poteva farlo, c'è sempre il Parlamento che lo può fare, ma non lo possiamo fare noi per queste vie traverse, per queste vie assolutamente improprie. Quindi io direi che è escluso il discorso sulla delega, perché non si può certamente negare alla Regione il possesso degli strumenti tecnici e amministrativi, per una corretta e adeguata applicazione della leg-

ge della quale stiamo discutendo. Allora che senso ha il richiamo a un intervento, — non lo chiamo con altro nome; ero tentato di dire « interferenza », diciamo « intervento » — delle Province? Ha un senso, un significato, probabilmente soltanto di carattere politico, di anticipazione di quello al quale si vuole arrivare e al quale si arriverà, ma per la via corretta della riforma costituzionale. È male che la Provincia si interessi di questo? Evidentemente no. Le due Province, avendo anche caratteristiche diverse, una loro sensibilità, un loro modo sicuramente molto vicino e molto proprio di apprezzare la realtà economica delle rispettive agricolture, non è certo male che chiedano un loro intervento. Però io direi: stiamo anche attenti a non creare così, a non improvvisare degli istituti giuridici che non esistono fino ad ora, o che non sono chiari. Io so, o credo di sapere — per sentito dire, non per una scienza mia giuridica, che non esiste — che sull'intesa c'è quanto meno molta perplessità c'è la possibilità di discutere parecchio; è un istituto giuridico esistente nel nostro diritto tutt'altro che pacifico. E se per « delega » sappiamo cosa si intende, aspetto che qualcuno mi spieghi — e lo ringrazierò, perché della mia ignoranza sono il primo ad essere cosciente — mi spieghi che cosa è l'intesa, quali precedenti ha, quali riferimenti ha.

Quindi noi ci troveremo a creare qualche cosa che non siamo obbligati intanto a creare; e questo pazienza. Possiamo fare delle cose che soltanto siamo facoltizzati a fare purché riteniamo di far bene, ma non siamo certo obbligati. Ammesso che siamo facoltizzati, facciamo bene a indicare l'intesa, così come è stata proposta in quell'emendamento? Io direi francamente proprio senza nessuna volontà di togliere appunto alla Provincia un giusto inter-

vento, che dovremmo pensare ad ammettere l'intervento, la compartecipazione alla gestione di questa legge in questa forma, detta così. Perché se noi diciamo « l'intesa » e intesa a un certo momento non c'è mi dovete spiegare che cosa avviene. In mancanza dell'intesa che cosa fa la Regione? Dice: l'intesa non c'è, allora vado avanti da sola. E allora mi domando, in caso di mancanza di buona fede, a che cosa serve mettere l'intesa. La Regione la rifiuta l'intesa e va avanti lo stesso, e allora abbiamo messo lì uno specchietto per le allodole che serve soltanto a rendere più complicata la legge e ad avvelenare i rapporti reciproci. Se invece la mancanza di intesa volesse dire che in mancanza di intesa la legge non si applica, la legge non si amministra — perché tutto è possibile, messo lì così — vorrebbe anche dire, l'accettazione di un emendamento di questo genere, una abdicazione completa della Regione nelle mani della Provincia che in ipotesi avesse dei punti di vista diametralmente inconciliabili con quelli della Regione. A che cosa si riferisce l'intesa? Fra il resto, preso alla lettera quell'emendamento e con tutta la buona volontà anche di vedere come dovrebbe essere applicato e come dovrebbe funzionare, è quanto meno non chiarissimo — ecco, voglio usare un eufemismo, non voglio dire che è confuso ma non è chiarissimo — perché si riferisce ai criteri di cui agli artt. 7 e 14, mi pare, della legge statale, d'intesa fra Regione Provincia. Su che cos'è che deve avvenire l'intesa? Sul programma non è detto; sicuramente non è detto in modo chiaro nell'emendamento. Quindi, per riassumere il mio parere, direi: troviamo un'altra formula, che faccia entrare se credete, il peso del parere degli assessorati provinciali. Guardate che ripeto, parlo a titolo personale, perché spetta all'assessore proponente di accettare o di respingere determinate proposte, « ma a titolo per-

sonale non accetterei sicuramente l'emendamento così come è stato presentato, per le ragioni che ho detto. Una formula che faccia partecipare la Provincia, che sancisca il diritto della Provincia di dire la sua circa l'orientamento, circa il criterio — appunto quello cui accennava il collega Brugger: dare la priorità o maggior peso alla consulenza, per esempio, piuttosto che al contributo per il rinnovamento dell'impianto o viceversa — quindi che la Provincia dica la sua in questa materia, d'accordo, per quanto mi concerne, però non con questa formula. Pensiamoci perché c'è un precedente anche in corso di discussione, in ordine alla materia della programmazione. Se c'è una cosa che mi lascia veramente perplesso, dirò di più, mi dà fastidio, sotto il profilo proprio della chiarezza è la frase « di intesa », che non dice niente, se volete e che può dire tanto fino al punto di rendere inoperante una legge. Quindi, come conclusione, io voglio pregare gli stessi proponenti di cercare di rendersi conto per primi che, almeno da parte mia, non ci sono pregiudizi o prese di posizioni preconcepite, affinché la Provincia abbia a esprimere il proprio avviso in ordine all'applicazione di questa legge ma sono preoccupato del modo di sancire questa partecipazione, che non può essere, per le ragioni dette, la delega e che non dovrebbe essere neanche un istituto così poco chiaro e così suscettibile di creare confusione e malintesi quale è quello indicato con la parola « intesa ».

PRESIDENTE: La parola al cons. Brugger.

BRUGGER (S.V.P.): Ich bin dem Herrn Assessor Raffaelli für seine Ausführungen sehr dankbar, doch möchte ich die Gelegenheit

wahrnehmen, um vielleicht doch zu klären, warum wir diesen Abänderungsantrag eingebracht haben. Ich hatte bereits gesagt, daß die Verhältnisse auf dem Sektor der Landwirtschaft, besonders auf dem Sektor des Obst- und Weinbaues, in beiden Provinzen Trient und Bozen ziemlich verschieden sind und daß man zur Berücksichtigung dieser verschiedenen Lagen entsprechende Organe bzw. Einrichtungen vorsehen muß, damit die im Gesetze vorgesehenen Maßnahmen der wirklichen Lage entsprechend vorgenommen werden. Aus diesem Grunde haben wir vorgeschlagen, daß man neben den Maßnahmen gemäß Art. 14 des Grünen Planes auch die Maßnahmen gemäß Art. 7 vorsieht, weil wir festgestellt haben, daß mit Beratungs- und Betreuungsdiensten im Obst- und Weinbau oft mehr getan wird als mit der Zahlung von Beiträgen für bestimmte als gut erkannte Maßnahmen. Solange die Landwirtschaft — und ich glaube, daß der Obst- und Weinbau ein rentabler Zweig der Landwirtschaft ist — aus eigener Kraft und bei entsprechender Beratung in die Lage versetzt werden kann, sich zu erhalten und zu verbessern, ist es immer günstiger dies zu tun, als mit ständigen kleinen Beihilfen die Landwirtschaft auch in diesen Edelkulturen dahinsiechen zu lassen. Wir streben gerade im Obst- und Weinbau, in dem die Rentabilität verhältnismäßig gut ist, möglichst selbständige Familienbetriebe an und möchten nicht, daß die Landwirtschaft ein Bereich wird, der nahezu mit sozialem Notstande gleichzusetzen ist. Das ist unsere Absicht und so versuchen wir zu arbeiten. Wenn wir in diesem Abänderungsantrag das Einvernehmen mit den Provinzen Trient und Bozen vorsehen, so deswegen, weil gerade die Maßnahmen, die im Art. 14 und Art. 7 des Grünen Planes vorgesehen sind, sich unmittelbar mit Maßnahmen und Befug-

nissen verflechten, welche institutionell den Provinzen zustehen. Man möchte damit bei der Durchführung dieses Gesetzes erreichen, daß die Erfordernisse der direkten Intervention zur Förderung der Anlagen, die im Art. 14 vorgesehen sind, und die im Kompetenzbereich der Provinz liegenden Maßnahmen der Beratung, Schulung und Ertüchtigung der Bauern, besonders der Jungbauern betreffen, der verbundenen notwendigen Versuchstätigkeit koordiniert werden: Dazu braucht es beide Körperschaften. Das Land und die Regionalstellen sollen auf Grund der jeweiligen Kompetenz — un in diesem Falle werden die Regionalstellen, also die Inspektorate, das meiste durchführen — Jahr für Jahr ein entsprechendes Programm gestalten. Auch sollten die zwei Stellen, die sich mit der Programmierung der Interventionen befassen, gleichberechtigt sein, denn sonst besteht die Gefahr der Doppelgeleisigkeit — ich denke beispielsweise an das Rebschulwesen, das meist mit doppelten Auslagen verbunden ist. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß die Betreuung für den Weinbau bei uns außer vom Beratungsring, vielfach über die Obst- und Weinbauschule Laimburg vorgenommen wird. Die Fachkräfte dieser Schule arbeiten zusammen mit den Fachkräften des Landwirtschaftsinspektorates Bozen und beide kontrollieren die Rebschulen, damit den Bauern, welche « Ralseln » erwerben, eine entsprechende Garantie der guten Qualität und der Freiheit von Krankheiten gegeben werden kann. Was auf dem Sektor Rebschulen und Rebschulgenossenschaft in der Provinz Bozen bereits besteht, soll auch auf dem Sektor Baumschulen organisiert werden. Es sind intensive Kontrollmaßnahmen notwendig und die in behördlichem Dienste stehenden Techniker sind dazu am besten geeignet: bei diesen Maßnahmen sollen die

Landwirtschaftsschulen mit dem Landwirtschaftsinspektorat zusammenarbeiten. Dies ist der Grund dieses Abänderungsantrages. Aber weil ich sehe, daß die Meinungen bezüglich der Annahme dieses Abänderungsantrages nicht ganz einhellig sind, möchte ich vorschlagen, daß der Regionalausschuß diesen Abänderungsantrag noch einmal überprüft, um dann in einer nächsten Sitzung darüber weiter diskutieren zu können. Ich glaube, daß ich die Gründe für diese Anregung ausführlich erläutert habe.

(Sono molto grato all'assessore Raffaelli per le sue dichiarazioni, ma vorrei cogliere la occasione per chiarire nonostante ciò le ragioni della presentazione del nostro emendamento. Ho già detto che la situazione nel settore agricolo, soprattutto per quanto riguarda la frutticoltura e la viticoltura, è piuttosto diversa nelle due province di Bolzano e di Trento e che per tener conto di tale differenza bisogna prevedere diversi organi o istituzioni, affinché le misure previste dalla legge vengano applicate in base alla reale situazione. Per questo abbiamo proposto che insieme alle misure dell'art. 14 del Piano Verde si prevedano anche quelle dell'art. 7: abbiamo constatato infatti che in frutticoltura ed in viticoltura spesso si raggiunge di più con un servizio di assistenza e consulenza che assegnando contributi a provvedimenti pur riconosciuti utili. Finché l'agricoltura, ed io credo che frutticoltura e viticoltura costituiscano un ramo redditizio di essa, potrà essere messa in grado di mantenersi in vita e di progredire con le proprie forze ed un'opportuna consulenza, sarà sempre positivo farlo, piuttosto che lasciarla languire, anche in queste colture pregiate, con continui piccoli contributi. Proprio in frutticoltura e viticoltura, che hanno una redditività relativamente buona, tendiamo a creare aziende familiari il più possibile autonome e non vorremmo che l'agricoltura di-

venti quasi un sinonimo di miseria sociale. Queste sono le nostre intenzioni ed in questo senso indirizziamo il nostro lavoro. Se nel nostro emendamento abbiamo previsto un accordo con le Province di Trento e di Bolzano, lo abbiamo fatto perché proprio le misure previste negli artt. 7 e 14 del Piano Verde si intersecano direttamente con misure e facoltà che istituzionalmente appartengono alle Province. Con l'applicazione di questa legge si vuole dunque giungere a coordinare con la necessaria attività sperimentale relativa l'esigenza di un intervento diretto per incrementare gli impianti, previsto nell'art. 14, e le misure di competenza della Provincia riguardanti la consulenza, la preparazione e l'addestramento degli agricoltori, specialmente dei giovani: per tutto questo sono necessari entrambi gli enti. La Provincia e gli uffici regionali, gli Ispettorati, dovranno organizzare anno per anno un programma in base alle rispettive competenze, ed in questo caso la maggior parte del lavoro toccherà agli Ispettorati. Inoltre i due uffici che si occupano della programmazione degli interventi dovrebbero avere gli stessi diritti altrimenti si presenta il pericolo di lavorare su doppio binario: mi riferisco per es. a vivai viticoli, che di solito sono causa di doppia spesa. Vorrei far notare poi che la consulenza in campo vitivinicolo viene condotta da noi, oltre che dal Centro di consulenza fruttivinicola, spesso anche dalla Scuola agraria di Laimburg. I tecnici di questa scuola lavorano in collaborazione con quelli dell'Ispettorato agrario provinciale di Bolzano e controllano i vivai, affinché agli agricoltori che acquistano barbatelle sia possibile garantire la qualità e la sanità del prodotto. Quanto già esiste in provincia di Bolzano nel settore dei vivai viticoli e della loro cooperativa, va organizzato anche nel settore dei vivai per la frutticoltura. Qui sono necessari con-

trolli intensivi ed i tecnici dei servizi pubblici sono i più qualificati a condurli: tali provvedimenti devono esser presi in collaborazione fra Scuole agrarie e l'Ispettorato agrario. Questa è la ragione del nostro emendamento. Poiché vedo però che nei riguardi dell'emendamento i pareri non concordano, proporrei che la Giunta riesamini la nostra proposta di emendamento per continuare poi la discussione in una delle prossime sedute. Credo di aver illustrato sufficientemente le ragioni della proposta.)

PRESIDENTE: La parola al consigliere Volgger.

VOLGGER (S.V.P.): Herr Präsident! Meine Herren Kollegen! Ich kann nicht umhin, meiner leisen Verwunderung Ausdruck zu verleihen über die Ausführungen des Herrn Assessors Dr. Raffaelli. Seine Einstellung in bezug auf die Anwendung des Art. 14 scheint sich ganz wesentlich geändert zu haben, seitdem er der Koalition angehört, seitdem er auf der Regierungsbank sitzt.

INTERRUZIONE

VOLGGER (S.V.P.): Solange Dr. Raffaelli auf den Bänken der Opposition saß, hat er doch immer mit ziemlich viel Elan die Anwendung des Art. 14 befürwortet, auch im Gegensatz zur Auffassung des Regionalausschusses. Wir könnten in den Sitzungsprotokollen nachblättern und würden viele Beispiele für sein Eintreten zur Durchführung des Art. 14 finden. Aber es scheint, daß die Stellung auch die Auffassung des Menschen ändert,

es scheint, daß das Amt einen wesentlichen Einfluß auf die Stellungnahme des Menschen hat. Dr. Raffaelli hat heute fast genau die gleichen Redewendungen gebraucht, die der ehemalige Ausschußpräsident Dr. Odorizzi vor zehn Jahren immer von Stapel ließ. Dr. Raffaelli hat davon gesprochen, daß die Region im Falle der Durchführung des Art. 14 geradezu kapitulieren müßte, daß man die Region entmachten würde, daß die Region die Ämter habe, mit denen sie alle Gesetze durchführen könnte usw. usw. « La Regione è titolare » — sagte Raffaelli — « . . . nella competenza » . . . Genau so drückte sich Odorizzi seinerzeit aus. Die Region hat die « uffici tecnici negli Ispettorati » . . . Genau so hat man einmal bei den öffentlichen Arbeiten behauptet: « Die Region hat die technischen Ämter für die öffentlichen Arbeiten. Deswegen können wir die Verwaltung auf diesem Sachgebiet nicht abtreten. Das wäre ein "doppione" . . . ». Dr. Raffaelli wiederholt die gleichen Phrasen. Dieser Regionalausschuß ist aber im Jahre 1960 mit der Verpflichtung der Durchführung des Art. 14 angetreten. Auch in der zweiten Legislaturperiode hat der Regionalausschuß in seinem Programm sich zur Anwendung des Art. 14 verpflichtet. Natürlich ist die Regione Inhaberin dieser Befugnisse, aber der Art. 14 sagt, daß sie diese in der Regel an die Provinz delegiert. Ich erinnere mich noch, wie der Kollege Dr. Raffener gefochten hat bei der Abfassung des Autonomiestatutes für die Aufnahme dieses Art. 14 in das Autonomiestatut. Von Trentiner Seite hat man damals versichert, der Artikel stünde ja schon in der Verfassung drinnen, er sei im Statut überflüssig weil die Verfassung ja auch die Grundlinien der Anwendung des Statutes festlege. Wenn dem Regionalausschuß gemäß der übernommenen Verpflichtung ernst wäre mit der Anwendung des Art. 14 —, dann

müßte die Gesetzesvorlage abgeändert werden. Der letzte Absatz des Art. 1 müßte heißen anstatt « gli Ispettorati provinciali della agricoltura »: « gli Assessorati provinciali della agricoltura provvedono . . . servendosi » — vielleicht — « anche dei tecnici degli Ispettorati provinciali ». Das wäre gar nicht sehr kompliziert und das wäre die Delegation. Nun haben wir diese echte Delegation gar nicht verlangt, obwohl sie das einzig Richtige wäre. Wir haben einen Mittelweg vorgeschlagen und beantragen den Zusatz « im Einvernehmen ». Dieser Antrag scheint für den Dr. Raffaelli ganz etwas Furchtbares zu sein. Er wisse nicht, betont er, was das bedeuten solle, es könne viel bedeuten, es könne nichts bedeuten. Schauen Sie, dieses Wort « d'intesa » ist doch nicht so neu! Es wird in den Beziehungen zwischen Staat und Region oft gebraucht. Es ist auch in Regionalgesetzen schon enthalten, z.B. im Industrieförderungsgesetz. Es ist ganz klar, was dieser Ausdruck beinhaltet. Die Gründe, warum wir diesen Änderungsantrag eingebracht haben, sind gewiß auch politischer Natur. Sie sind aber, wie Assessor Dr. Brugger Ihnen dargelegt hat, auch wirtschaftlicher Natur. Es ist nicht bloß ein Justamentstandpunkt, aus dem heraus wir die Anwendung des Art. 14 verlangen, sondern wir verlangen die Anwendung, jedenfalls diese gemilderte Anwendung der Delegation, auch aus rein wirtschaftlich-praktischen Erwägungen heraus. Sie können sich, wenn Sie einen guten Willen haben, den Erwägungen des Dr. Brugger nicht verschließen.

Ich muß abschließend noch einmal meiner Verwunderung Ausdruck verleihen, daß Dr. Raffaelli, der, solange er in Opposition stand, immer oder meistens die Durchführung des Art. 14 verlangt hat, jetzt als stellvertretender Regionalausschußpräsident im Widerspruch

zum Programm des Regionalausschusses, im Widerspruch zu der vom Regionalausschuß übernommenen Verpflichtung, jetzt plötzlich von der Delegierung nichts mehr wissen will.

(Signor Presidente, signori colleghi! Non posso evitare di esprimere la mia meraviglia per le dichiarazioni dell'assessore dott. Raffaelli. Il suo atteggiamento sull'applicazione dell'art. 14 sembra sia cambiato notevolmente da quando egli fa parte della coalizione, da quando siede sui banchi del Governo.)

Interruzione.

VOLGGER: (Finché il dott. Raffaelli è stato sui banchi dell'opposizione ha sempre appoggiato con entusiasmo l'applicazione dell'art. 14, anche contro il parere della Giunta regionale. Potremmo sfogliare i verbali delle sedute e vi troveremmo molti esempi di suoi interventi a favore dell'applicazione dell'art. 14. Sembra però che la posizione cambi anche il punto di vista delle persone, sembra che l'ufficio abbia un'influenza determinante sull'opinione dell'uomo. Il dott. Raffaelli ha usato oggi quasi esattamente le stesse espressioni che erano il piatto forte, dieci anni fa, dell'allora Presidente della Giunta dott. Odorizzi. Il dott. Raffaelli ha affermato che l'applicazione dell'art. 14 equivarrebbe pressoché ad una capitolazione della Regione, ad una spogliazione della Regione di ogni potere, che infine la Regione possiede gli uffici con cui poter applicare tutte le leggi ecc. ecc. « La Regione è titolare » — ha detto Raffaelli — « . . . nella competenza . . . ». Esattamente così si esprimeva Odorizzi ai suoi tempi. La Regione ha gli « uffici tecnici negli ispettorati » . . . Lo stesso si affermava per i lavori pubblici: « La Regione

possiede gli uffici tecnici per i lavori pubblici e perciò non possiamo cedere la amministrazione di questa materia. Sarebbe un "doppione" . . . ». Il dott. Raffaelli ripete le stesse frasi. La presente Giunta regionale si è però presentata nel 1960 con l'impegno di applicare l'art. 14; anche nel secondo periodo legislativo la Giunta si è impegnata nel suo programma ad attuare l'art. 14. Naturalmente la Regione è titolare di queste facoltà; l'art. 14 stabilisce però che esse siano delegate di regola alle Province. Ricordo ancora come il collega dott. Raffener si sia battuto perché alla compilazione dello Statuto di autonomia, vi si inserisse questo art. 14. Da parte trentina è venuta allora l'assicurazione che l'articolo è già contenuto nella Costituzione, che esso è superfluo nello Statuto perché la Costituzione stabilisce anche le norme generali per l'applicazione dello Statuto. Se la Giunta regionale, in base agli impegni presi, facesse ora sul serio nell'applicare l'art. 14, allora il disegno di legge andrebbe modificato. All'ultimo comma dell'art. 1 al posto di « gli Ispettorati all'Agricoltura » si dovrebbe dire « gli Assessorati provinciali alla agricoltura provvedono . . . servendosi », forse, « anche dei tecnici degli Ispettorati provinciali ». Ciò non sarebbe affatto complicato e costituirebbe già una delega. Ora noi non abbiamo affatto preteso una vera e propria delega, anche se essa sarebbe l'unica cosa giusta: abbiamo proposto una via di mezzo e cioè l'aggiunta dell'espressione « d'intesa ». Tale proposta sembra all'assessore Raffaelli qualcosa di spaventoso, egli sottolinea di non sapere che cosa significhi: potrebbe significare molto o niente. Ma l'espressione « d'intesa » non è affatto nuova! La si usa spessissimo nei rapporti fra lo Stato e la Regione ed è già stata usata anche in leggi regionali, per es. in quella sull'incremento industriale. Il contenuto di que-

sta espressione è chiarissimo. Le ragioni per cui abbiamo presentato tale proposta di emendamento sono senza dubbio non solo di natura politica, ma anche, come ha già fatto presente l'assessore dott. Brugger, di natura economica. Il punto di vista da cui chiediamo la applicazione dell'art. 14 non è soltanto un puntiglio; noi chiediamo la delega o comunque questa applicazione attenuata della delega, anche per considerazioni di pura prassi economica. Se Lei ha della buona volontà non potrà chiudersi alle considerazioni del dott. Brugger.

Per finire devo esprimere ancora una volta il mio stupore perché il dott. Raffaelli, che finché si trovava all'opposizione ha sempre o quasi sempre chiesto l'applicazione dell'art. 14, ora improvvisamente, come Vicepresidente della Giunta regionale, contro il programma della Giunta e gli obblighi da essa assunti, non vuol più saperne di deleghe).

PRESIDENTE: La parola all'assessore.

RAFFAELLI (assessore turismo, caccia e pesca e settore idroelettrico - P.S.I.): Brevisimamente, per quello che c'è di personale nell'intervento del collega Volgger. Io avrei potuto prevedere, prevenire la prima parte del suo discorso, perché . . .

(INTERRUZIONE).

RAFFAELLI (assessore turismo, caccia e pesca e settore idroelettrico - P.S.I.): No, guardi, avevo fatto più credito di quanto lei perlomeno non meritasse in questo caso, ma pensavo che mi si risparmiasse questo confronto, perché non ho cambiato parere, tanto è vero

che le leggi — e non per merito mio, non ho cambiato parere io, come non ha cambiato parere, nel suo complesso, la Giunta — tanto è vero che alcune leggi di quelle proposte dalla Giunta in questa legislatura non hanno avuto bisogno degli emendamenti della S.V.P. o di altri per contenere la delega, ma ce l'hanno regolarmente, abitualmente, sistematicamente, il che sta a smentire, non solo che io ho cambiato parere, ma che la Giunta sia contraria alla delega. Quindi è del tutto gratuita polemica la sua, quella di richiamarsi; semmai mi ha fatto un piacere di ricordare che io son stato fra quelli che prima di altri hanno parlato della necessità di applicazioni della delega, il che però, collega Volgger, non mi fa cambiare una sola virgola di quello che ho detto prima, circa l'interpretazione che allora come ora do della delega. Per me la delega non è una sottrazione, non deve essere una sottrazione di competenze legislative e neanche amministrative, là dove non ci sia una ragione per sottrarre o per spostare, meglio — è più corretto dire questo — le competenze amministrative ad un altro organo, che non è — a proposito di interpretazione della delega — che non è necessariamente la Provincia, — ecco un discorso da fare a lei e ai suoi colleghi della S.V.P. — ma possono essere i comuni, per esempio, possono essere altri enti locali. E io potrei dire che lei, come altri suoi colleghi si è battuto contro la delega ad altri enti locali, mentre noi, o della Giunta o fuori della Giunta allora, abbiamo insistito per la larga applicazione e più corretta applicazione dell'art. 14, quando contro di voi abbiamo dato la delega agli enti provinciali del turismo per la legge alberghiera, che volevate anche voi, disconoscendo ogni ente locale che non sia la Provincia di Bolzano, in cui chi comanda è la S.V.P., per parlarci molto chiaro e polemicamente, come polemicamente ha voluto

impostare il problema lei. Quanto al merito di questa legge, siamo tanto contrari che abbiamo suggerito — o che io ho suggerito — quello che poi il suo collega dott. Brugger ha detto a conclusione del suo discorso. Che cosa ha detto? « Non insisto su questo testo, invito la Giunta a rimeditare, a trovare, se crede un'altra formula — io ho capito male — ma che sia una formula che consenta alla Provincia di intervenire con il suo parere, con la sua valutazione, nella . . . »

BRUGGER (S.V.P.): (*Interrompe*).

RAFFAELLI (assessore turismo caccia e pesca e settore idroelettrico — P.S.I.): . . . Evidentemente. . . quindi non è che io ho detto: sono contrario. Quindi, guardi, diciamo con molta obiettività o con più obiettività le cose. Non ho mica parlato un secolo fa, ho parlato cinque minuti fa e credo in forma anche abbastanza chiara, e ho detto: l'intesa è una novità; lo so che c'è in una legge della Regione, ed ho saputo un momento fa che, dalle ricerche fatte a suo tempo, ma recentemente, dall'Ufficio legislativo della Regione, si è scoperto che nella legislazione dello Stato ci sarebbe non più di un precedente: relativamente al piano di rinascita della Sardegna nella fase di consultazione preventiva, previsto l'interesse fra Stato e Regione. Quindi non è che io abbia detto, da profano, soltanto delle bestialità, dicendo che è un concetto giuridico non chiaro, non codificato, non pacifico, sul quale ci mettiamo nell'eventualità, nella possibilità di non trovarci domani d'accordo.

Sulla sostanza: mi pare che ho detto ripetutamente che sono d'accordo con la richiesta. In quanto poi all'ultimo dei suoi argomenti, quello che la interpretazione o meglio la strada

giusta era quella della delega e che voi avete rinunciato perché insomma non volete proprio la delega per non far spender soldi, mi lasci sorridere un pochino, perché è una battuta umoristica. Voi non rinunciate alla delega per nessuna ragione, se non quella di essere persuasi che in questo caso la delega non è proprio sostenibile. Questo è il mio modesto parere.

PRESIDENTE: La parola al Presidente della Giunta.

DALVIT (Presidente G.R. - D.C.): Io desidererei fare alcune considerazioni, perché poi penso che di questa legge si parlerà nella prossima seduta. Anche qui il tema ha portato ad ampliare quella che era la portata stessa della situazione nella quale ci siamo venuti a trovare, con la proposta dell'intesa avvenuta con la presentazione dell'emendamento. Io vorrei dire alcune cose: quando all'art. 1, primo comma, si parla di intesa, non si applica l'art. 14. Quindi qui l'art. 14 non c'entra; dovevano cominciare con il toglierlo di mezzo, perché l'art. 14 ha un suo contenuto, in quanto applicato ad atti amministrativi. Nessuno ha mai posto in discussione il potere di direttiva, da parte della Regione, in ordine all'applicazione dell'art. 14, anzi in quasi tutte le leggi lo abbiamo esplicitamente affermato. Seconda cosa: qui abbiamo tutti, più o meno, convenuto sulla opportunità di far amministrare questi interventi dagli organi tecnici: qui sono gli ispettorati provinciali dell'agricoltura, i quali, evidentemente, essendo due, uno a Trento e uno a Bolzano, operando in questa zona da tempo, in queste due province da tempo, sanno delle differenze che esistono fra le due province. Si chiamano ispettorati provinciali dell'agricoltu-

ra; sanno, conoscono questa realtà, quindi obiettivamente sono, da un punto di vista tecnico, gli organi più qualificati. Perciò si è detto: non si applica l'art. 14, si applica tuttavia una forma di decentramento che è valido, e da un punto di vista delle procedure già l'assessore lo ha dimostrato; si tende a rendere più snella anche la procedura di applicazione della legge stessa. L'intesa non è una via di mezzo, come dice il cons. Volgger. Viene a sistemarsi in una fase che, strettamente parlando, non viene in discussione nemmeno se noi volessimo applicare l'art. 14, perché si parla nell'art. 1 dell'amministrazione regionale, che attua iniziative in base all'art. 14 e 7 se si vuole. Ora questi due articoli della legge prevedono dei programmi annuali e delle direttive da darsi agli ispettorati. Se noi inseriamo il criterio dell'intesa, voi vi rendete conto che si stabilisce un'intesa in una fase già precedente a quella amministrativa vera e propria, che non è più in discussione. Ora, io sono personalmente convinto che ci sia l'opportunità di cooperare da parte degli enti autonomi in questa legge, per cui una formula, che adesso io avanzo, sulla quale potremo meditare e della quale ripareremo la prossima volta, potrebbe essere proprio quella del « sentite sui programmi annuali le Giunte provinciali di Trento e di Bolzano ». Evidentemente la cosa perde il suo valore polemico, mette nella necessità gli organi, l'amministrazione regionale e le amministrazioni provinciali, di fare uno scambio di vedute, che, evidentemente, non può avvenire in fase teorica, avviene in fase pratica. E, noi diciamo, con la buona volontà di cui la esperienza ormai ci ha dato buona prova in questo settore, è facile raggiungere anche quello che deve essere l'obiettivo, cioè l'intesa, che noi non poniamo però dal punto di vista programmatico; signori miei, ricordiamoci l'aspetto del control-

lo di legittimità su una legge di questo genere, che potrebbe creare motivi di disagio nell'iter di applicazione della legge. Quindi direi che la formula corrisponde alla volontà che è stata qui espressa. Secondo me, che cosa si è detto? A un certo momento, viste queste differenze, viste queste opportunità, siano chiamate a corresponsabilità le due Province. Io ritengo che una formula che veda una forma di corresponsabilità, attraverso il « sentite su questi programmi annuali le Giunte provinciali », — gli assessorati non sono purtroppo, organi; è bene che facciamo riferimento in maniera più precisa alla struttura, anche da un punto di vista giuridico, alla struttura che ci è data dall'attuale Statuto — io penso che possa essere la strada sulla quale troviamo anche modo di saldare queste richieste, saldare questa proposta, facendo in modo che, ripeto, dal punto di vista tecnico la legge proceda; che sul piano delle direttive, sul piano dei programmi annuali, ci sia una forma di cooperazione, di collaborazione fra le due Province e la Regione, il che può essere utile a tutti i finiti. Naturalmente questo che io propongo non è l'intesa, però dal mio punto di vista è di più dell'intesa: è l'offerta da parte della Giunta regionale di tutta la propria buona volontà, di tutto il desiderio di mettersi a disposizione, per cooperare, per trovare una strada comune — e questo è un programma generale — che non sia indicata e vincolata però dalla legge, attraverso la formula della cooperazione, che è quella del « sentite », come si usa e come si può fare, in una forma che, evidentemente, anche da un punto di vista politico, è più rispettosa dell'autonomia della Provincia, come di quella della Regione.

PRESIDENTE: Vuol parlare ancora, assessore? Un momento . . . Volevo chiedere chi

è iscritto a parlare ancora, chi si vuole iscrivere a parlare. Il cons. Benedikter. Allora bisognerebbe che parlasse dopo che anche i consiglieri hanno parlato, no? Quindi io rinvio la seduta a venerdì, ore 9,30, con seduta ad orario unico, fino alle 14. Avverto fin d'ora che la prossima settimana faremo due sedute, una

martedì 7 e una mercoledì 8; martedì 7, orario unico fino alle 14, mercoledì 8, anche orario unico, salvo, se è necessario per concludere il programma, fare orario anche al pomeriggio. La seduta è tolta.

(Ore 18.43).

